

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
Kretz Annoncen AG (Feldmeilen)

Auf ins Wahljahr

Auf dem Generalsekretariat und in den Kantonen laufen die Vorbereitungen für die eidgenössischen Wahlen am 22. Oktober auf Hochtouren. Entsprechend sensibel nimmt man die Ergebnisse der kantonalen Wahlen in Zürich und Luzern zur Kenntnis, wo die FDP vier beziehungsweise sechs Sitze verloren hat. Das Ergebnis im Kanton Tessin stimmt fröhlicher; dort konnte die FDP einen Sitz zulegen. Ausgezeichnet schlossen überall die freisinnigen Regierungsräte ab.



Mit dem ersten FDP-Heissluftballon haben die St. Galler am 2. März das Wahljahr eröffnet. Grossratspräsidentin und Ständeratskandidatin Erika Forster spielte die Gotte, Parteipräsident Franz Steinegger den Götli.

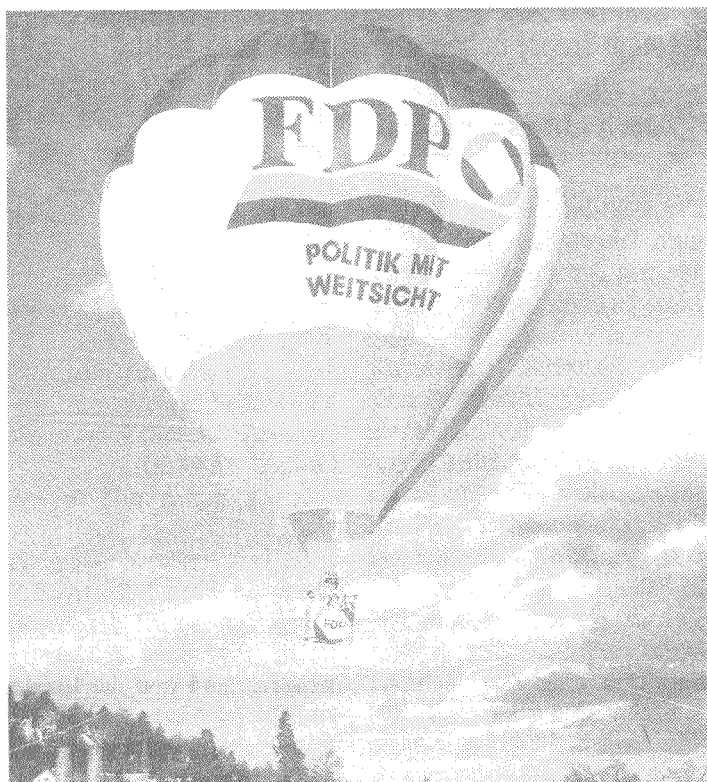
AMK. Braucht das Ergebnis im Kanton Zürich nicht zu beunruhigen – liegt es doch im Rahmen von Proporzglück und -pech –, so geben die Sitzverluste der Liberalen im Kanton Luzern zu

mehr Sorgen Anlass. Die von politischer Verantwortung noch unbelastete SVP – sie wurde erst 1992 gegründet – errang auf Anhieb elf Mandate im 170köpfigen Parlament.

Mit dem Slogan «Damit endlich etwas passiert» ist es ihr gelungen, unzufriedene bürgerliche Wählerinnen und Wähler für sich zu gewinnen.

Die SVP führte damit Wahlkampf gegen die FDP; in Zürich hielt sie sich nur zurück, weil sie den vor zwei Jahren verlorenen zweiten Regierungsratssitz zurückgewinnen wollte und dazu die FDP brauchte. Seit einiger Zeit schon ist das die Strategie der SVP: Von Fall zu Fall haut sie als Oppositionspartei auf die Pauke oder gibt sich als Regierungspartei gemässigt. Dieses Doppelspiel gilt es zu durchschauen und zu entlarven.

Mehr auf Seite 20



Dabeisein

Am 25. Juni 1995 stimmen wir über die 10. AHV-Revision, die Volksinitiative «zum Ausbau von AHV und IV» sowie über die Lex Friedrich ab. Am 21. und 22. April werden die Delegierten der FDP der Schweiz dazu die Parolen fassen.

AMK. Insbesondere mit den AHV-Vorlagen steht ein grosses und wichtiges Thema auf der Traktandenliste der nächsten ordentlichen Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz, das auch in diesem «Freisinn» ausführlich behandelt wird. Mit ihrer Europadiskussion am Freitag und einer Wirtschaftsdebatte am Samstag lanciert die FDP in Interlaken zwei weitere gewichtige Themen.

Wie immer sind alle FDP-Mitglieder zu dieser Parteiveranstaltung eingeladen. Programm und Anmeldetalon befinden sich in diesem «Freisinn». Wer dabei ist, hört Exponenten «live», erlebt Politik und Medienarbeit vor Ort. Keine Frage, dass dies in einem Wahljahr besonders spannend ist. ■

Inhalt

- Wie stark ist das Protestwählerpotential angewachsen? Diese Frage stellt sich unser Kolumnist auf Seite 8
- Eine Jahresbilanz zieht FDP-Generalsekretär Kauter ab Seite 10
- Mindestens acht Gründe für die Teilnahme an der nächsten FDP-Tagung Umweltschutz finden Sie auf Seite 15

SCHWEIZERISCHE
LANDESBIBLIOTHEK
HALMWYLSTRASSE 15
3003 BERN

233

10563

Nuklearwaffen und ihre Nichtweiterverbreitung

Ende April beginnt am Uno-Hauptsitz in New York die fünfte Verlängerungskonferenz über den Nichtverbreitungsvertrag (NVV/NPT). Entschieden muss werden, ob das Abkommen über die Nicht(weiter)verbreitung von Nuklearwaffen/Nuclear Non-Proliferation Treaty unbefristet oder für eine befristete Zeitspanne verlängert werden soll.

◊ Jacques Baumgartner

Der 1968 im Rahmen der Uno nach langwierigen Verhandlungen mit der damaligen Sowjetunion erreichte und 1970 in Kraft getretene Vertrag wird alle fünf Jahre überprüft. Gegenwärtig dürften mehr als vierzig Staaten über die technischen Fähigkeiten verfügen, Nuklearwaffen herzustellen. Dem amerikanischen Verteidigungsminister William Perry gemäss sind zurzeit «über 25 Nationen im Besitz von nuklearen, chemischen oder biologischen Waffen oder mit ihrer Entwicklung befasst». Mehr als fünfzehn Nationen verfügen über ballistische Träger Raketen. «Und ballistische Raketen werden zu alltäglichen Waffen auf dem Schlachtfeld... Wie der Irak (im Golfkrieg 1991) demonstrierte, sind mobile ballistische Raketen schwierig zu lokalisieren und zu zerstören.»

Die nukleare Bedrohung seit dem Ende des kalten Krieges – der ost-westlichen Konfrontation – hat sich verringert. Aber die Erfindung der Atombombe, von nuklearen Waffen kann nicht rückgängig gemacht werden. Die bisher gemachten deutlichen Schritte zur Minderung der militärischen Nuklear-Arsenale bringen keineswegs das Ende des nuklearen Albtraumes mit sich.

Positionen

Die anerkannten Nuklearmächte – USA, Russland, China, Frankreich und Grossbritannien – beantworten eine unbefristete NVV-Verlängerung. Sogenannte Schwellenländer und einige Staaten der Dritten Welt betrachten jedoch den NVV als Diskriminierung und Bedrohung ihrer Si-

cherheitsinteressen. Als Bedingung für eine Vertragsverlängerung verlangen sie einen vollständigen Verzicht der Nuklearmächte auf Nuklearwaffenversuche. Im NVV haben sich mehr als 160 Staaten verpflichtet, keine Nuklearwaffen zu erwerben oder herzustellen. Die NVV-Einhaltung überprüft die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA/Wien).

Israel, Indien und Pakistan sind bisher dem NVV-Vertrag nicht beigetreten; de facto verfügen sie über Nuklearwaffen. Durch den Zerfall der Sowjetunion 1991 sind Kasachstan, Weissrussland und die Ukraine zu Nuklearmächten geworden. Iran möchte, dass der Zugang zur Nukleartechnologie künftig automatisches Recht aller Signatarstaaten werde, und Ägypten will einer Vertragsverlängerung erst zustimmen, wenn Israel dem NVV beitrifft und IAEA-Inspektionen zulässt.

Die alte Gefahr durch Nuklearwaffen, der sich der Westen ausgesetzt sah, bestand in der Bedrohung durch Tausende sowjetischer Nukleargefechtsköpfe. Die neue nukleare Gefahr besteht dem amerikanischen Verteidigungsministerium gemäss «in vielleicht nur wenigen Nuklearwaffen, die sich jedoch in den Händen unberechenbarer Staaten oder Terroristengruppen befinden». Daher sollte der NVV von Dauer sein.

«Counterproliferation»-Politik

Die USA haben in den vergangenen Jahren eine «Counterproliferation»-Politik entwickelt. Diese sieht zur präventiven Proliferationseindämmung neben politisch-diplomatischen Massnah-

men auch militärische Vorkehrungen vor: unter anderem nachrichtendienstliche Aufklärung, verbesserte nichtnukleare Munition mit der Fähigkeit, unterirdische Einrichtungen zu durchschlagen, wie sie 1991 im Irak vorgefunden wurde. Die «Counterproliferation»-Politik ist Erkenntnis, dass eine Weiterverbreitung von Nuklear- und anderen Massenvernichtungswaffen durch blosser Verweigerung des Zugangs zu Technologie und Materialien nicht mehr aufgehalten werden kann.

Russland bleibt «Nuklear-Sorge Nummer eins» der USA. Aber neu sind heute amerikanische Raketen auf Iran, den Irak, Libyen und Nordkorea gerichtet. Die amerikanische Luftwaffe erfasst «Hunderte von potentiellen Zielen» in Drittwelt-Staaten. Und General Uzi Dayan gemäss «ist 1995 für Israel das Entscheidungsjahr, um Nuklear-Rüstung im Nahen Osten auszuschalten». Der General sprach auf einem Seminar des Jaffee Centre for Strategic Studies der Universität Tel Aviv.

Krisenbogen

Laut dem deutschen Bundesnachrichtendienst «gehören heute (mit Ausnahme von Nordkorea) nahezu alle Staaten, die den Besitz von Nuklearwaffen, biologischen oder chemischen Waffen und Trägersystemen anstreben, dem Krisenbogen von Nordafrika bis Südostasien an». Für die vorhersehbare Zukunft zeichneten sich folgende Trends ab:

«Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen wird anhalten. Von Raketen in Kombination mit nuklearen oder biologischen oder chemischen Gefechtsköp-

fen wird die Bedrohung ausgehen (wie der terroristische Giftgas-Anschlag von Tokio zeigte). Der Zerfall der Ex-Sowjetunion hat das Proliferationsrisiko (die Gefahr einer Weitergabe) stark erhöht. In der ehemaligen Sowjetunion ist für interessierte Abnehmer alles vorhanden, was sie benötigen... Fachleute, Konstruktionsunterlagen über Waffensysteme, Materialien, die schwierig zu erhalten sind.»

Selbst bei einem unbefristeten NVV-Vertrag, kommende Generationen werden an einer ungeheuren Altlast des Nuklearzeitalters zu tragen haben. Es geht um die Beseitigung des spaltbaren Materials, des Plutoniums. Allein die USA bauen derzeit jährlich 1400 Nuklearsprengköpfe ab. Der Berg an überschüssigem militärischem Plutonium wächst, und niemand weiss so recht, wohin mit diesem strahlenden «Gold» des Nuklearzeitalters.

Für die Herstellung eines Nuklearsprengkopfes werden zwischen einem und acht Kilo Plutonium benötigt. Es wird geschätzt – genaue Zahlen sind nicht erhältlich, da sie unter militärisches Geheimnis fallen –, dass die Gesamtmenge des zivilen und militärischen Plutoniums gegenwärtig auf der ganzen Welt 1200 Tonnen beträgt; drei Viertel davon stammen allerdings aus den 438 Kernkraftwerken (KKWQ), die weltweit in Betrieb sind. Bleibende Bürde? ■

Anita Fahrni wünscht mehr Risikobereitschaft

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Auf wachsendes Verständnis und Toleranz, weltweit, gefördert durch Bildung, Kommunikation und persönliche Kontakte.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Die Langzeitwirkung unserer politischen Entscheidungen für die Schweiz. Der von früheren Generationen erarbeitete Wohlstand führt zu kurzfristigem, egoistischem, isolationistischem Verhalten.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Wichtig: die Erzeugung, Verteilung und sinnvolle Nutzung der Elektrizität. Entbehrlich sind überflüssige Luxusgeräte, welche kostbaren Strom vergeuden.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Dass in einer gesunden und sicheren Umwelt mit hervorragenden Ausbildungsmöglichkeiten eine hoffnungsvolle Zukunft für unsere Kinder möglich ist.

Was missfällt Ihnen an unserem Land?

Die Trägheit sowie der Mangel an Innovation und Risikobereitschaft, welche unser Wohlstand hervorgebracht hat.

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über Minderheiten möglich»?

Ja. Visionen und die daraus entstehenden Versuche, Fortschritte



Anita Fahrni: aus den USA über Taiwan und den Kanton Freiburg glücklich im thurgauischen Islikon gelandet.

zu erzielen, kommen zunächst immer von Individuen oder kleineren Teams. Erst wenn die Mehrheit vom Sinn oder von der Notwendigkeit einer Veränderung überzeugt ist, lässt sie sich zum Neuen bewegen.

Warum sind Sie bei der FDP?

Weil hier, auf liberaler Basis, ein breites Spektrum von Meinungen und Ideen gefördert wird. Dies ist der Lösungsweg für unsere wirtschaftlichen und gemeinschaftlichen Aufgaben.

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?

An Klaus Schwab, Initiator des jährlichen Weltwirtschaftsforums Davos. Dort findet unter Politikern, Künstlern, Wirtschaftsführern, Philosophen und Wissenschaftlern aus der Ersten, Zweiten und Dritten Welt ein äusserst fruchtbarer Austausch und Bildungsprozess statt.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Durch Offenheit und die Bereitschaft zuzuhören.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Die Menschheit ändert sich nur sehr langsam.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Stärke an, was als Ihre persönliche Schwäche?

Ich bin bereit, mich in verschiedensten Bereichen voll einzusetzen, brauche aber meistens Termindruck, um diese Aufgaben zu erledigen.

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

Der englische Lesezirkel, welchen ich seit zwölf Jahren leite, liest jetzt «Cruel Fate», die Autobiographie des Iren Hugh Callaghan, eines der «Birmingham Six».

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Ich erledige möglichst viele Einkäufe per Velo. Zu oft bleiben meine guten Vorsätze in Sachen Fitness leider nur Vorsätze. Meine Töchter helfen mir, geistig beweglich zu bleiben.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Hochdeutsch fehlerfrei sprechen und schreiben.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen, und warum?

Die Genfer Philosophin Jeanne Hersch, weil bei der Schnelligkeit und oft Oberflächlichkeit unseres täglichen Handelns mehr Nachdenken gut täte. ■

KURZBIOGRAPHIE

Anita Fahrni

Zur Person: Geboren und aufgewachsen in den USA. Abschluss eines Romanistikstudiums in Ohio. Verheiratet, zwei Töchter (21 und 17). Nach sechs Jahren im Kanton Freiburg, seit 1976 wohnhaft im thurgauischen Islikon.

Alter: 51

Berufliche Stationen: Zwei Jahre Lehrtätigkeit an einer chinesischen Hochschule in Taiwan, Programmleiterin für aus-

ländische Studenten in Chicago, Kantonale Sekretärin des Schweizerischen Roten Kreuzes in Freiburg.

Politischer Werdegang: 1979 bis 1987 Mitglied der Ortskommission Islikon. Vorstandsmitglied der FDP-Frauen Frauenfeld. Mitglied der Aufsichtskommission der Kantonsschulen und der Thurgauisch-Schaffhauserischen Maturitätsschule für Erwachsene.

Liebste Tätigkeiten: Reisen, Sprachenlernen, Töpfern. ■

«Altern in der Schweiz – Bilanz und Perspektiven»

Dritter nationaler Altersbericht soeben erschienen. Er fordert u. a. einen neuen Gesellschaftsvertrag.

Die demographische Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat zu einer bedeutenden Veränderung des Altersaufbaus der Bevölkerung geführt. Namentlich der Anteil älterer Menschen erhöhte sich signifikant. Eine solche Entwicklung hat Einfluss auf verschiedenste Lebensbereiche. Schon in den sechziger Jahren entstand das Bedürfnis, in einem nationalen Bericht eine Bestandaufnahme zu machen und notwendige und erwünschte Tendenzen und Empfehlungen aufzuzeigen. Eine Expertengruppe

unter dem Präsidium von Prof. Christian Lalive d'Épinay, Soziologieprofessor an der Universität Genf, hat im Auftrag des Eidgenössischen Departementes des Innern den dritten Altersbericht erstellt. In vierzehn Kapiteln auf rund 600 Seiten werden verschiedene Themen behandelt (Übertritt in den Ruhestand, Bevölkerungsstatistik, finanzielle und wirtschaftliche Lage im Alter, Gesundheit, familiäres Umfeld, Leben im Ruhestand, Wohnverhältnisse und Dienstleistungsangebote, gerontologische Berufe, Fragen zum Tod und Sterben, wissenschaftliche Sicht des Alters). Der Bericht will Perspektiven aufzeigen, zum Denken und Handeln anregen. Der Bericht

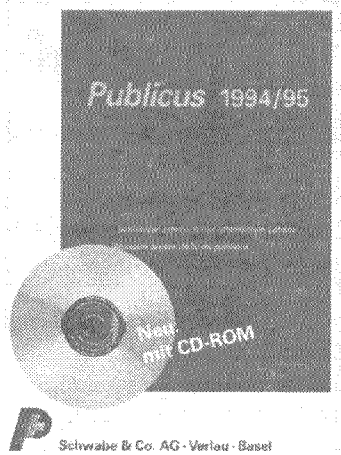
schliesst mit einer Reihe von Empfehlungen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Forderung nach einem neuen Gesellschaftsvertrag. Während in den letzten Jahrzehnten im Bereich der Alterspolitik vor allem die notwendigen Leistungen der Gemeinschaft für die Altersrentner im Mittelpunkt standen, so ergeben sich aus der heutigen Sicht neue Perspektiven. Im Gegensatz zu früher muss heute die Frage gestellt werden: Was kann der ältere Mensch wiederum der Gesellschaft geben?

Keine Gesellschaft kann es sich leisten, die vielfältigen Fähigkeiten der Älteren einfach brachliegen zu lassen. Es kann also nicht mehr länger darum gehen, sich ab einem bestimmten Alter nur noch passiv zu verhalten und zu empfangen. Je nach Kräften, Möglichkeiten und Neigungen sollen und können älteren Menschen Aufgaben und Tätigkeiten offenstehen – ausserhalb der klassischen Erwerbsstruktur –, welche deren Aktivität möglichst lange erhalten. Möglich und sinnvoll sind all jene Aufgaben und Tätigkeiten, für die sich ältere Menschen interessieren, sei es im Freiwilligenbereich, in informellen Netzen, in Vereinen und überall dort, wo aktive Unterstützung und mitmenschliche Hilfe von älteren Menschen benötigt werden.

Dies geschieht schon heute in einem erfreulichen Ausmass. Für die Zukunft muss aber das Engagement der Älteren und das Interesse an der aktiven Betätigung der älteren Menschen auf allen Ebenen noch entschiedener gefördert werden.

Der Bericht «Altern in der Schweiz – Bilanz und Perspektiven» erscheint in den drei Landessprachen Deutsch, Französisch und erstmals Italienisch. Er ist zum Preis von Fr. 31.– bei der EDMZ, 3000 Bern, unter der Bestellnummer 318.011 erhältlich.

Der Publicus bietet die einzige vollständige und zuverlässige Adressensammlung aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens



Jetzt auf CD-ROM

Mitte Februar erscheint erstmalig neben der Buchausgabe des «Publicus – Schweizer Jahrbuch des öffentlichen Lebens» eine Ausgabe auf CD-ROM. Das traditionelle Werk erscheint dieses Jahr in der 37. Ausgabe. Der Schritt ins «elektronische Zeitalter» bietet sich angesichts der enormen Fülle an Information, die der Publicus enthält, geradezu für eine EDV-gerechte Nutzung an.

Die Publicus-CD-ROM erlaubt den Benutzern eine fast unbegrenzte Möglichkeit an Suchkombinationen. Listen können individuell zusammengestellt werden. Notizen zu einzelnen Dokumenten abgelegt, Daten ausgedruckt und exportiert werden.

Durch die einfache Handhabung der Publicus-CD-ROM (Volltextsuche; Index aller vorhandenen Wörter, Abkürzungen, Zahlen; Kapitelübersicht) erfolgt der Zugriff auf alle gespeicherten Daten sehr schnell und mühelos. Damit ist die Publicus-CD-ROM ein nützliches Instrument, das die benötigten Informationen in der zeitgemässen Form anbietet, wie sie für die tägliche Recherchierarbeit unentbehrlich sind.

Publicus 1994/95. Schweizer Jahrbuch des öffentlichen Lebens – Annuaire suisse de la vie publique. Buchausgabe Fr. 78.–; Buch zusammen mit CD-ROM: Fr. 248.–.

Ausgabe 1995 von «Der Bund kurz erklärt»



Die alljährlich vom Informationsdienst der Bundeskanzlei neu aufgelegte Broschüre «Der Bund kurz erklärt» ist soeben erschienen. Das Heft gibt stichwortartig einen aktuellen Überblick über die Institutionen des Bundes und deren Aufgaben. Zahlreiche Photos, Tabellen und Graphiken erleichtern die Lektüre.

Neu sind insbesondere die Texte und Organigramme betreffend das restrukturierte De-

partement für auswärtige Angelegenheiten, die Armereform 95 und die Regierungsreform 93. In den letzten Jahren wurden jeweils rund 150 000 Exemplare der Publikation an Schulen, Parteien, Besucher des Bundeshauses und andere Interessierte gratis abgegeben.

Die Broschüre kann unentgeltlich unter Beilage einer adressierten Klebeetikette bezogen werden bei: EDMZ, 3000 Bern.



Christine Beerli: «Mit der 10. AHV-Revision wird endlich neu die Erziehungs- und Betreuungsarbeit honoriert.» (Photos ruti und Keystone)

Ja zum Gesamtpaket 10. AHV-Revision

Bundespräsident Villiger hat in seinem Neujahrsinterview in der «Neuen Zürcher Zeitung» die AHV als ein «Wesensmerkmal» unseres Landes bezeichnet. Sie sei identitätsstiftend, stabilisierend und wie die Milizarmee für die nationale Kohärenz nötig. Ich gehe mit dieser Aussage hundertprozentig einig und leite daraus ab, dass wir mit der Institution AHV sehr sorgsam umzugehen haben und namentlich verpflichtet sind, für ihren langfristigen Bestand zu sorgen.

Ständerätin Christine Beerli (BE)

Mit der 10. AHV-Revision wird das Splitting realisiert und damit eine möglichst zivilstandsunabhängige Ausgestaltung der Frauenrenten ermöglicht. Zudem ist zu begrüssen, dass neu die Erziehungs- und Betreuungsarbeit honoriert wird, indem für die Jahre der Kindererziehung und/oder der Betreuung von Angehörigen Betreuungsgutschriften angerechnet werden. Damit werden die seit Jahren von den Frauen immer wieder vorgebrachten Postulate erfüllt.

Die 10. AHV-Revision verursacht Mehrkosten von rund 710 Millionen Franken. In diesem Betrag enthalten sind die Kosten, die bereits durch die Einführung der neuen Rentenformel mit

Bundesbeschluss vom 19. Juli 1992 entstanden sind. Die damals vorgezogen vorgenommene allgemeine Rentenerhöhung brachte Kosten in der Höhe von 650 Millionen Franken mit sich. Der grosse Teil der anfallenden Mehrkosten ist daher durch eine allgemeine Rentenerhöhung und nicht durch die Erfüllung der «Frauenpostulate» bedingt.

Das Argument, «wir geben den Frauen das Splitting und erhöhen praktisch als Ausgleich dafür das Rentenalter um zwei Jahre», ist daher zu einfach und für sich allein genommen nicht stichhaltig.

Wenn ich mich dennoch – ohne Freude, aber mit Überzeugung – für eine stufenweise Erhöhung des Rentenalters der Frau auf 64 Jahre ausspreche, dann darum,

weil ich überzeugt bin, dass es angesichts der finanziellen Perspektiven des AHV-Fonds unverantwortlich ist, diesen Schritt auf eine 11. AHV-Revision zu verschieben.

Der AHV-Fonds wird ab dem Jahre 2001 jährliche Verluste von anfänglich 850 Millionen, anschliessend 1,2 Milliarden im Jahre 2002, 2,5 Milliarden im Jahre 2004 usw. hinnehmen müssen. Im Jahre 2001 wird er ohne Rentenaltererhöhung bereits ein Defizit von 13 Milliarden (mit Rentenaltererhöhung 6,5 Milliarden) aufweisen.

Ich bin mir bewusst, dass die demographisch bedingten Finanzierungsprobleme nicht allein durch eine Erhöhung des Rentenalters der Frauen gelöst werden können. Angesichts der erwähnten Zahlen ist es jedoch unverantwortlich, wenn in gewissen Medien davon gesprochen wird, die AHV werde im Jahre 2001 bankrott sein. Ebenfalls unverantwortlich ist es, wenn von Gegnern der Rentenaltererhöhung gesagt wird, eine Erhöhung des Frauenrentenalters dränge sich zurzeit nicht auf.

Ein Entscheid heute mag vielleicht nicht populär sein, er lässt uns jedoch die Möglichkeit, angemessene Übergangsfristen anzu-

setzen. Die erste Erhöhung um ein Jahr ist im Jahre 2001 und die zweite Erhöhung auf das Alter 64 im Jahre 2005 geplant.

Wenn gesagt wird, eine Erhöhung des Rentenalters sei aus Gründen der Veränderung der Altersstruktur zwar notwendig, müsse jedoch erst in der 11. AHV-Revision vorgenommen werden, so muss diese Argumentation als fatal bezeichnet werden. Ein Zaudern heute wird uns spätestens ab dem Jahre 2000 in Zugzwang versetzen und es uns zu diesem Zeitpunkt verunmöglichen, noch angemessene Übergangsfristen zu verankern.

Ich bin überzeugt davon, dass ein Hinausschieben des Entscheides zurzeit zwar sicher angenehmer, langfristig jedoch für alle Beteiligten nachteilig ist.

Ich habe Bundespräsident Villiger zitiert, der die AHV als ein «Wesensmerkmal» unseres Landes bezeichnet, und daraus geschlossen, wir hätten sorgsam mit diesem Sozialwerk umzugehen und für dessen langfristigen Bestand zu sorgen. Ich gehe einen ersten, entscheidenden Schritt auf diesem Wege und unterstütze das Gesamtpaket der 10. Revision.

Argumente und Gegenargumente

Eine Heraufsetzung des Frauenrentenalters ist nötig.

Gegen die Erhöhung des Frauenrentenalters wird von gegnerischer Seite argumentiert, dass Vorteile so lange aufrechterhalten werden müssten, als eine faktische Gleichstellung nicht realisiert sei. Die rechtliche Gleichstellung zu verwirklichen ist aus freisinniger Sicht eine Selbstverständlichkeit. Ob es allerdings eine staatliche Aufgabe ist, auch die faktische Gleichstellung zu erzwingen und faktische Nachteile auf jeden Fall finanziell zu kompensieren, muss bezweifelt werden.

Der Wechsel zum höheren Rentenalter wird im übrigen durch eine lange Übergangsfrist abgedeckt. Zudem kompensieren die durch die 10. AHV-Revision eingeführten Verbesserungen für jene Frauen, die keine Maximalrente beziehen, das höhere Rentenalter vollständig; selbst bei einem Rentenvorbezug wird der Betrag in vielen Fällen höher ausfallen als vor der 10. AHV-Revision.

Auch aus systematischen Gründen ist eine Erhöhung des Rentenalters der Frauen unumgänglich. Mit dieser Vorlage wird die Diskriminierung der Frauen aufgehoben. Es geht aber nicht an, Privilegien im bisherigen Ausmass weiter beizubehalten. «Gleiche Rechte» muss immer auch «gleiche Pflichten» bedeuten.

Weitere Informationen

Die FDP der Schweiz hat zur 10. AHV-Revision ein ausführliches Positionspapier erarbeitet.

Es kann gratis bei folgender Adresse bestellt werden:

FDP-Generalsekretariat,
Postfach 6136, 3001 Bern,
Fax (031) 312 19 51

Schliesslich muss auch die deutlich längere Rentenbezugsdauer der Frauen im Vergleich zu den Männern berücksichtigt werden. Selbst bei gleichem Rentenalter würden Frauen auf Grund der höheren Lebenserwartung um einiges länger eine Rente beziehen als Männer.

Das Argument des Sozialabbaus ist unlauter.

Von linker Seite wird das Argument des Sozialabbaus, der mit der 10. AHV-Revision betrieben werde, bemüht. Welche Verbesserungen die Vorlage unter dem Strich bringt, wird dabei verschwiegen. Eine solche Argumentationsweise ist unlauter.

Im Prinzip profitieren durch die verbesserte Rentenformel all jene Personen von den Änderungen, die keine Maximalrente erhalten, insbesondere Bezüger von Kleinstehenden. Die 10. AHV-Revision ist zudem die erste Revision, welche durch die Einführung eines individuellen Rentenanspruches, das Splitting und die Honorierung von Erziehungs- und Betreuungsarbeiten den Anliegen der geschiedenen Frauen und alleinerziehenden Elternteilen Rechnung trägt.

Es ist nicht richtig, dass die Kosten der 10. AHV-Revision ausschliesslich von den Frauen getragen werden.

Die Mehrkosten der 10. AHV-Revision belaufen sich ungeachtet der demographischen Entwicklung, auf Grund der eingeführten Verbesserungen, auf rund 700 Millionen Franken jährlich; hochgerechnet ergeben sich dadurch Mehrleistungen von 14 Millionen Franken in den nächsten zwanzig Jahren. Es gilt dabei aber hervorzuheben, dass die höheren Kosten im Rahmen der 10. AHV-Revision nicht durch solche Verbesserungen wie das Splitting verursacht werden, sondern primär durch die verbesserte Rentenformel, welche alle Bezüger von kleinen Einkom-

men besserstellt. Zu behaupten, die Finanzierung dieser verbesserten Leistungen werde allein durch die Heraufsetzung des Frauenrentenalters auf 64 erreicht, die notabene erst im Jahr 2005 erfolgt, ist daher nicht richtig.

Ohne Berücksichtigung des Rentenvorbezugs ist nach Erhöhung des Rentenalters der Frauen auf 63 mit jährlichen Mehrkosten von rund 400 Millionen Franken zu rechnen. Mit der Einführung des Rentenalters 64 ergeben sich dann tatsächlich gewisse Mehreinnahmen, womit durch die Frauen ein Beitrag an die Finanzierung der AHV geleistet wird. Die Verbesserungen im Rahmen der 10. AHV-Revision müssen letztlich finanziert werden können, und diese Last kann nicht allein den Männern aufgelegt werden.

Die künftige Finanzierung der AHV muss überdacht werden.

Infolge der demographischen Entwicklung und unter Berücksichtigung der Auswirkungen der 10. AHV-Revision (einschliesslich Erhöhung des Frauenrentenalters) ist bereits ab der Jahrhundertwende mit ständigen Defiziten in der AHV-Rechnung zu rechnen (s. Artikel Ständerätin Beerli).

Selbst wenn das Parlament von der Kompetenz zur Erhöhung der Mehrwertsteuer um ein Prozent Gebrauch macht, ergeben sich lediglich Mehreinnahmen von zwei Milliarden Franken. Auch unter Einschluss dieser Mehreinnahmen bleibt ab dem Jahr 2003 ein Defizit.

Für die Finanzierung dieser Lücken können drei Möglichkeiten in Betracht gezogen werden: eine Finanzierung durch allgemeine Bundesmittel, eine weitere Erhöhung der Lohnprozente, eine Reduktion der Leistungen.

Unverantwortlich wäre es aber, heute zusätzliche Leistungen von 700 Millionen Franken

jährlich zu beschliessen, im klaren Wissen, dass die Einnahmen zur Finanzierung dieses Mehraufwandes nicht vorhanden sind und dass in verhältnismässig kurzer Zeit auch noch die demographischen Kosten in Milliardenhöhe dazukommen, ohne das Rentenalter der Frauen zu erhöhen.

Die Verschiebung des Problems auf die 11. AHV-Revision ist illusorisch.

Die finanziellen Bedingungen der AHV werden zunehmend kritischer. Thema der 11. AHV-Revision wird allein die Finanzierbarkeit der demographischen Kosten sein. Ein stufenweises Erhöhen des Rentenalters, ein sanfter Übergang, wie er heute vorgesehen ist, wird bei der 11. AHV-Revision deshalb nicht mehr möglich sein.

Das Argument der Schaffung zusätzlicher Arbeitslosigkeit ist nicht haltbar.

Das Rentenalter der Frauen wird im Jahr 2001 auf 63 und im Jahr 2005 auf 64 Jahre erhöht. Wie sich dann die wirtschaftliche Lage und die Arbeitsmarktsituation präsentieren wird, kann niemand voraussagen. Es ist möglich, dass wir uns dann in einer Phase der Hochkonjunktur befinden und angesichts der veränderten demographischen Strukturen mit einer Verknappung des Arbeitskräfteangebotes konfrontiert sind. Zudem besteht für Männer und Frauen die Möglichkeit, sich früher aus dem Erwerbsleben zurückzuziehen; dies wird das Arbeitskräfteangebot wieder reduzieren. SFP

Abschaffung als Ziel

Am 25. Juni werden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über die Revision des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (Lex Friedrich) abstimmen können. Die Gesetzesänderung strebt eine kontrollierte Öffnung des Immobilienmarktes an und stellt somit einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung dar. Ziel muss aber die gänzliche Abschaffung der Lex Friedrich bleiben.

Markus R. Seiler*

Das Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland stammt aus dem Jahr 1983. Angesichts einer zeitweise beträchtlichen ausländischen Nachfrage nach Immobilien, insbesondere nach Ferienwohnungen, ging es darum, mit der Lex Friedrich die ein-

* Dr. rer. publ. HSG, politischer Sekretär, FDP-Generalsekretariat



schränkenden Massnahmen gegen Grundstückkäufe durch Ausländer zu verschärfen.

Nicht nur eine deutliche und andauernde Entspannung der Situation auf dem Immobilienmarkt hat dazu geführt, dass in den letzten Jahren verschiedene Vorstösse eine Änderung des geltenden Rechts verlangt haben. Die FDP-Fraktion reichte im März 1993 eine Motion ein, die eine Modifikation der Lex Friedrich im Sinne der Eurolex-Lösung forderte. Dabei standen folgende Überlegungen im Zentrum:

■ Diskriminierende Massnahmen stossen gegenüber Ausländern zunehmend auf Kritik.

■ Die Lex Friedrich steht im Widerspruch zu den Niederlassungsverträgen mit Gleichbehandlungsklauseln, welche die Schweiz mit fast allen Staaten Westeuropas abgeschlossen hat.

■ Die Anstrengungen zu einer marktwirtschaftlichen Erneuerung dürfen auch vor der Lex Friedrich nicht Halt machen.

Der Bundesrat hat sich diesen Überlegungen weitgehend angeschlossen. Die vorliegende Revision sieht deshalb eine kontrollierte Öffnung des Immobilienmarktes für Personen im Ausland vor. Der sogenannte «harte Kern» der Lex Friedrich wird indes beibehalten. Dieser umfasst den Erwerb von Grundstücken als reine Kapitalanlage und für gewerbmässigen Immobilienhandel sowie den Kauf von Ferienwohnungen.

Die bisherige Regelung der Bewilligungspflicht stellte auf die Nationalität ab und versties damit gegen geltende Niederlassungsverträge. Der nun vorgeschlagene Wechsel vom Nationalitätenprinzip zum Wohnsitz-

prinzip behebt diesen Mangel. Er bedeutet aber eine Neuunterstellung von Auslandschweizern, die weniger als fünf Jahre in der Schweiz gewohnt haben, unter die Bewilligungspflicht der Lex Friedrich. Diese Schlechterstellung der Auslandschweizer gegenüber dem geltenden Gesetz ist ärgerlich.

Die Revision der Lex Friedrich stellt einen wichtigen Schritt zur Deregulierung und Liberalisierung des schweizerischen Bodenmarktes dar. Da der «harte Kern» des Gesetzes beibehalten wird und die bestehenden Kontingente bereits in den vergangenen Jahren nicht voll ausgeschöpft worden sind, ist diese kontrollierte Öffnung des Grundstücksmarktes überfällig. Die mit der Gesetzesänderung einhergehende unbefriedigende Schlechterstellung der Auslandschweizer ist dabei als ein Grund mehr anzusehen, nach der Revision die gänzliche Abschaffung der Lex Friedrich zügig voranzutreiben.

WIR FRAUEN FÜR DIE 10. AHV-REVISION

... sagen Ja zur Erfüllung der langjährigen Frauenanliegen und stehen ein für den sozialpolitischen Fortschritt der 10. AHV-Revision.

Möchten Sie mehr erfahren oder im Komitee mitwirken?

- Bitte senden Sie mir Informations-Unterlagen zu diesem Thema.
- Ich möchte dem Komitee beitreten.

Name/Vorname:

Adresse:

.....

Talon bitte einsenden an:

Schweiz. Komitee "Wir Frauen für die 10. AHV-Revision"
Geschäftsstelle
Postfach 502
8034 Zürich

Das **Ja** der Frau zur 10. AHV-Revision.
Nein zur AHV/IV-Initiative.

Nein zur SP-Initiative

Am 25. Juni stimmen wir auch über die Initiative der SP «Für den Ausbau von AHV und IV» ab. Sie wird vom Bundesrat und den eidgenössischen Räten zur Ablehnung empfohlen.

Die Initiative bezweckt eine Gewichtsverschiebung von der zweiten zur ersten Säule, eine zivilstands- und geschlechtsneutralen Ausgestaltung der Renten, die Einführung von Betreuungs- und Erziehungsgutschriften sowie den Übergang zur Ruhestandsrente. Die vorgesehenen Neuerungen insgesamt hätten Mehrausgaben im Rahmen der ersten Säule von 7,1 Milliarden

Franken zur Folge, denen Minderausgaben bei der beruflichen Vorsorge von lediglich 2,7 Milliarden Franken gegenüberstehen. Die Kosten der Initiative würden sich somit auf 4,4 Milliarden Franken belaufen, was u. a. eine Erhöhung des AHV-Beitragsatzes von heute 8,4 Prozent auf neu 10,4 Prozent zur Folge hätte.

Sozialpolitisch gerechtfertigte Forderungen dieser Initiative werden bereits mit der 10. AHV-Revision verwirklicht. Die finanziellen Konsequenzen, die diese Initiative mit sich brächte, sind aber nicht tragbar. Sie ist deshalb abzulehnen.

FDP-Leute

Trix Heberlein



Dass sie sportlich ist, wusste man schon lange. Bereits am britisch-schweizerischen Parla-

mentarier-Skirennen Anfang Jahr trug sie den Sieg davon. Dass sie aber «die schnellste Frau Europas» ist, brachte erst das Parlamentarier-Skirennen in Adelboden an den Tag. Die Zürcher Nationalrätin Trix Heberlein fuhr einmal mehr allen anderen Damen davon. Gratulieren darf man aber auch dem Bündner Nationalrat Duri Bezzola. Wie Trix Heberlein fuhr er beide Male in die Siegerreänge.

Georges-André Chevallaz



Am 7. Februar 1995 vollendete alt Bundesrat Georges-André Chevallaz sein achtzigstes Lebensjahr. Grund

zu feiern für den schreibfreudigen, kritischen und wachen Geist. Seine Freunde haben ihm in Form einer kleinen Schrift launige «Hommages» geschenkt. Unter seinem Bild eine ihn charakterisierende Aussage: «... une ligne de force entre le pessimisme de l'intelligence et l'optimisme de la volonté!»

Christine Beerli



Die Berner Ständerätin Christine Beerli hat ein neues Amt: Anlässlich der Generalver-

sammlung vom 22. März 1995 wurde sie zur Präsidentin des Forums Vera, Verantwortung für die Entsorgung radioaktiver Abfälle, gewählt. Der heute mehr als 550 Mitglieder zählende Verein verfolgt das Ziel, die Arbeiten zur Entsorgung radioaktiver Abfälle gesellschaftlich breit abzustützen und sich

dafür einzusetzen, dass konkrete Entsorgungsarbeiten so sicher wie erforderlich und so schnell wie möglich realisiert werden. Er setzt sich zudem ein für einen verantwortbaren und sparsamen Umgang mit den Energiequellen. In der Frage der weiteren Nutzung der Kernenergie ist der Verein neutral.

Olivier Chevallaz



Grund zu feiern gab es auch für den Sohn von alt Bundesrat Chevallaz, den 49jährigen Olivier. Er wurde zum Direktor des Schweizerischen Verkehrsbüros in Paris ernannt. Chevallaz wird dafür Mitte Jahr sein Nationalratsmandat aufgeben müssen. Er wird noch in der laufenden Legislatur einer Nachfolgerin – Christiane Langenberger – Platz machen. Mit Überzeugung, wie er in einem Interview sagte, weil es Zeit sei, in der Frauenfrage von der Theorie zur Praxis zu schreiten.

Vreni Spoerry



Ein weiteres wichtiges Amt für Vreni Spoerry: Die Swisspro (kurz für Swiss Producers) hat die Zürcher Nationalrätin zur neuen Präsidentin gewählt. Die Vereinigung will die Verfahren im internationalen Handel vereinfachen. Ihr sind nach eigenen Angaben 99 Konzerne, Verbände, Unternehmen sowie die öffentliche Verwaltung angeschlossen. Im Vordergrund der Swisspro-Tätigkeiten steht die Standardisierung und Automatisierung administrativer und organisatorischer Abläufe. Die Swisspro bilde damit das Bindeglied zwischen der Schweiz und verschiedenen europäischen oder internationalen Fachgremien in diesem Bereich. Die Swisspro vertritt in diesen Gremien im Auftrag des Bundesamtes für Aussenwirtschaft (Bawi) die Interessen der Schweiz. AMK

KOLUMNE

Die zwei Gesichter der «Protestwähler»



Die eidgenössischen Oktoberwahlen animieren die Prognostiker nach den kantonalen Frühlingwahlen. Die aussen- und innenpolitischen Unsicherheiten und der allgemeine Vertrauensverlust von Regierung und Parlament stellen dabei vor allem die Frage, wie stark das *Protestwählerpotential* angewachsen ist und wo es sich parteipolitisch ansiedeln wird. Bis in die achtziger Jahre sammelten sich die Unzufriedenen fast ausschliesslich in Nichtregierungsparteien, im Landesring, in den Überfremdungsparteien oder in der Poch; 1971, nach der Abstimmung über die Schwarzenbach-Initiative, erreichten die Nationale Aktion und die Republikaner zusammen 7,6 Wählerprozente. Heute ist die Lage bedeutend schwieriger. Neben den Nichtregierungsparteien – ohne Poch, aber neu mit Auto/Freiheitspartei – sammeln sich die «Protestwähler» auch in der SVP im Kanton Zürich und in der Innerschweiz und in der Sozialdemokratischen Partei, während die Bedeutung der Nichtregierungsparteien abnimmt.

Dass zwei Parteien an der eidgenössischen Regierungsmacht teilhaben und gleichzeitig in fundamentalen Fragen in Opposition oder teilweise in einer fundamentalen Gegnerschaft stehen können, ist eine *fast schizophrene politische Erscheinung*. Sie zeigt übrigens auch, wie die parteipolitischen Verhältnisse von Kanton zu Kanton verschieden sind. Der in den Medien gewaltig «gefeierte» Erfolg der SVP in den kantonalen Wahlen beschränkt sich bei genauerer Betrachtung fast nur auf Luzern, wo die SVP in die offene Oppositionslücke springen konnte. Im Kanton Zürich trat sie im Hinblick auf das einst verlorene, neu anvisierte – und auch errungene – zweite Regie-

rungsmandat moderater auf; sie erreichte einen eher bescheidenen Wählerzuwachs um 1,8 auf insgesamt 21,0 Prozent, konnte aber weder die FDP noch die SP überholen. Es ist offensichtlich, dass die in gewaltigem Umfang erfolgte Selbstbelobigung als die Einzighandelnden nach der Räumung des Lettens etwas ins Leere lief.

Wie in den Kantonen Zürich und Luzern die «Protestler» SVP und Grüne mit aller Macht in die Exekutiven drängten, so auch die *Legä* im Kanton Tessin, die noch grobschlächtiger auftrat. Das gleiche Ziel verfolgte die erfolgreiche *SP im Kanton Genf* in den Gemeindevahlen, wobei das bürgerliche «Monocolore» in der Kantonsregierung den Oppositionstrieb verstärkt haben dürfte.

Die National- und Ständeratswahlen im Herbst werden kaum als Gradmesser für die Unzufriedenheit der Wähler dienen können, weil die *Protestwähler gegenwärtig zwei Gesichter* haben: Sie treten einerseits bei den Nichtregierungsparteien und andererseits bei den Regierungsparteien SVP und SP auf. Die Last der Regierungsverantwortung liegt deshalb vor allem auf der – leicht schwind-süchtigen – CVP und auf der FDP, die bei den kantonalen Wahlen der letzten vier Jahre ihre Stellung durchaus behauptet hat. Um in einem rauher und veränderlicher gewordenen politischen Klima bestehen zu können, braucht es vor allem einen konsequenten Kurs, konstruktive Lösungen, also politische Leistungen und vielleicht vermehrt auch Klartext den Polterern und Protestlern gegenüber, nicht zuletzt auch jenen in der gemeinsamen «Zauberformel». Dass auch eine klare politische Linie eines geschlossenen Bundesrates eine ungemein vertrauensbildende Massnahme wäre, sei nur am Rande beigefügt...

Alt Nationalrat Kurt Müller
Meilen ZH



AMAG, Importeur von VW und Audi, 5116 Schinznach-Bad, und die 550 Audi-Partner stellen Ihnen das sensationelle A4-Programm gerne im Detail vor!

Der neue Audi A4 überzeugt rundum. Mit der weltneuen Vierlenker-Vorderachse, der technischen Revolution des Frontantriebs. Mit der Fünfventiltechnik für aussergewöhnliche Fahrleistungen, mit fortschrittlichsten Verbrauchs- und Emissionswerten. Mit einer Motorenpalette von Turbo-Power über 6-Zylinder bis zur Spitzen-Dieselseltechnologie. Auf Wunsch mit quattro-Allradantrieb. Und mit einer perfekten Ausstattung, die bereits ab Fr. 32800.- inkl. MWSt. keine Wünsche mehr offenlässt!



Der neue Audi A4.

Für die Vernunft: Die revolutionäre Fünfventiltechnik.

Für das Fahrerlebnis: Die innovative Vierlenker-Vorderachse. Für das Auge: Das dynamische, kraftvolle Design.

Audi
Vorsprung durch Technik.



Ein Festjahr für die FDP

1994 feierte die FDP der Schweiz ihr Hundertjahrjubiläum. Die von über 2000 Personen besuchte Feier in Olten zeigte eine kerngesunde Partei. Schwieriger gestaltete sich das Jahr für die Bundespolitik. In vier Volksabstimmungen wurden Regierung und Parlamentsmehrheit in die Minderheit versetzt. Erfreulicher

war die Wirtschaftsentwicklung, obgleich sich die internationale Konkurrenzfähigkeit der Schweiz verschlechterte. Das sachpolitisch wichtigste ungelöste innenpolitische Problem ist die Staatsverschuldung: Hier vermögen die Einnahmen nicht einmal die laufenden Ausgaben zu decken.

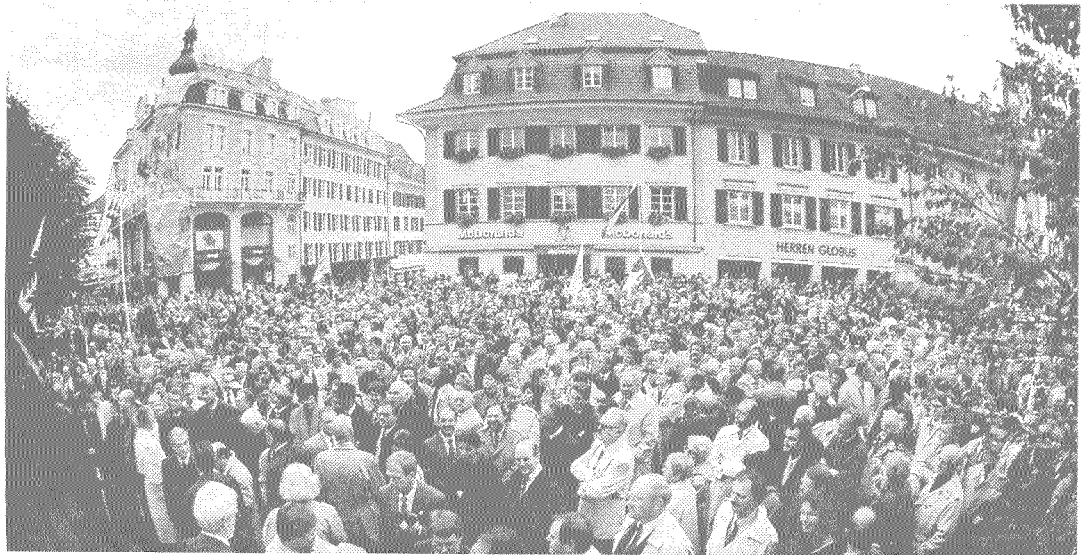
◊ Generalsekretär
Christian Kauter*

Die Sanierung der Bundesfinanzen bleibt die vorrangige Aufgabe des Staates. Die öffentliche Verschuldung hat angesichts der wachsenden Defizite von Kantonen und Gemeinden alarmierende Ziffern erreicht. Jahr für Jahr steigt die Pro-Kopf-Verschuldung um 4000 bis 5000 Franken. Jedem Neugeborenen wird heute ein Geburtstagsgeschenk von über 25 000 Franken Staatsschulden in die Wiege gelegt. 1992 waren es noch 17 000, 1993 21 000 Franken.

Diese Entwicklung ist um so bedenklicher, als dem Bund in der laufenden Legislatur jährliche Mehreinnahmen von rund 3,5 Milliarden bewilligt wurden: Benzinzoll, Mehrwertsteuer, 200 Millionen Anteil am Reingewinn der Nationalbank, höhere Lohnprozente bei der Arbeitslosenversicherung, Autobahnvignette, Tabaksteuer.

Dramatisch ist die Tatsache deshalb, weil diese Verschuldung nicht wegen neuer Aufgaben entsteht, sondern strukturell ist. Das heisst: Wir finanzieren mittlerweile auf allen drei Stufen unseren ordentlichen Haushalt auf dem Buckel der künftigen Generation. Oder noch anders ausgedrückt: Wir konsumieren Staatsleistungen, welche wir nicht bezahlen können; wir leben auf Pump.

Hier ist anzusetzen. Der bisher vom Bundesrat verfolgten Taktik, die Staatsausgaben grundsätzlich nicht anzurühren, sondern linear zu kürzen oder mit neuen Einnahmen weiterzufinanzieren, muss ein Ende gesetzt werden.



Höhepunkt des Parteijahres war 1994 die Hundertjahrfeier der FDP in Olten.

(Photo imagopress)

Wir haben dem Staat zu viele Aufgaben aufgebürdet und müssen ihn wieder entlasten.

Armee reform

Der vom EMD-Chef sorgfältig vorbereitete Reformprozess verläuft reibungslos. Die Überführung der «alten» in die neue Armee wurde termingerecht auf den 1. Januar 1995 abgeschlossen. In einem nächsten Schritt geht es nun darum, das EMD der «Armee 95», vor allem aber den finanziellen Rahmenbedingungen anzupassen.

Das EMD hat in den vergangenen Jahren als einziges Departement den Wachstumstrend bei den Ausgaben gebrochen. Seit 1990 wurden Budget und Finanzpläne um 5 Milliarden Franken gekürzt. Damit sinkt der Anteil des EMD an den Bundesaussgaben innert zehn Jahren von zwanzig Prozent auf nur noch zwölf Prozent.

Trotzdem fährt die SP mit ihrer Polemik auch nach der Ungültigkeitserklärung der Volksinitiative «für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik» fort.

Sie setzt damit nicht nur eine autonome Landesverteidigung im Rahmen unserer Neutralität aufs Spiel – sie vernichtet auch Arbeitsplätze, vor allem in den Regionen.

Volks wirtschaft

Ein stabiles, wenn auch noch kleines Wirtschaftswachstum stellte sich ein und entlastet tröpfchenweise auch die bittere Lage an der Arbeitslosenfront. Gleichzeitig nimmt die Zahl der gemeldeten offenen Stellen zu.

Die FDP verlangt angesichts der stets bedrängenderen internationalen Konkurrenz zusätzliche wirtschaftspolitische Massnahmen. Erste Erfolge waren zu verzeichnen: Einführung der Mehrwertsteuer, Schaffung der Freizügigkeit bei der beruflichen Vorsorge, Preisreduktionen auf landwirtschaftlichen Gütern, Freigabe von Mitteln der beruflichen Vorsorge für die Förderung von Wohneigentum. Bei anderen, z. B. beim Kartellrecht, zeichnen sich Fortschritte ab, wenn auch noch keine spektakulären Durchbrüche erfolgten. Unmit-

telbar bevor stehen die Aufhebung des Verbots für Nachtarbeit von Frauen, die Anerkennung ausländischer technischer Vorschriften, das neue Binnenmarktgesetz.

In der Wirtschaftspolitik zeigt sich nach wie vor der historische Gegensatz von FDP und SP. Besonders deutlich wurde das im Berichtsjahr bei den Positionen zum Arbeitsmarkt. Hier lautet unser Ziel «Vollbeschäftigung durch Abbau von einschränkenden Massnahmen», während die SP die Priorität auf die «Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung» setzt – was zu einer drastischen Verringerung der Konkurrenzfähigkeit führt und damit die Arbeitslosigkeit verewigt.

Aussen wirtschaftspolitik

Die Gegner des EWR-Beitritts vom 6. Dezember 1992 verlangten bilaterale Verhandlungen statt einer Einsitznahme in der Organisation. Die FDP setzte nach dem Nein auf diese einzig realistische Alternative. Nun haben europafreundliche Kreise die

* Stark gekürzter Auszug aus dem Jahresbericht.

Idee eines Europabeitritts lanciert, was die Verhandlungen zeitlich und politisch belastet. Nur wenn der Bilateralismus Erfolg zeitigt, hat es einen Sinn, an die Langzeitperspektive «Beitritt» heranzutreten.

Entschärft hat sich die Lage mit der bevorstehenden Ratifizierung des neuen Gatt (WTO).

Verkehr

Im Vordergrund stehen beim Verkehr die Finanzierung der Neat und die Redimensionierung des Konzepts «Bahn 2000». In beiden Fällen zeigt sich nach kurzer Zeit, dass die vom zuständigen Departement bei der Volksabstimmung vorgelegten Zahlen viel zu optimistisch angenommen worden sind. Hier muss dringend Remedur geschaffen werden. Sicher ist, dass sich die Schweiz weder den im Wunschdenken von Bahn-Propagandisten wurzelnden Maximalismus leisten kann noch in der Lage ist, mit den Infrastruktur-Aufwendungen des Bundes alle kantonalen Verkehrsprobleme zu sanieren.

Sozialpolitik

Seit Jahren weisen die Aufwendungen für die Sozialpolitik nicht

mehr tolerierbare Wachstumsraten auf. Längst wird nicht mehr Sozialpolitik getrieben, sondern Umverteilung grössten Stils. Mit der Revision des Krankenversicherungsgesetzes ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung getan worden. Als nächstes wird es nun darum gehen, die 10. AHV-Revision zu realisieren, welche bedeutende Verbesserungen für die Frauen und Menschen mit niedrigeren Einkommen bringt. Dafür wird sich die FDP im Abstimmungskampf engagieren.

Drogenfrage

Die in der ganzen Welt bekanntgemachten unwürdigen und aus rechtsstaatlicher Sicht mehr als bedenklichen Probleme der offenen Drogenszene konnten am Ende des Berichtsjahres zum Verschwinden gebracht werden. Das war nicht zuletzt eine Folge der Neubesetzung der zuständigen politischen Führung in der Stadt Zürich.

Trotzdem ist die Drogenfrage weit davon entfernt, als gelöst zu gelten. Die desolatte Lage hat die FDP veranlasst, neue Wege zu gehen und die versteiften Diskussionsfronten zur Linken und



Christian Kauter: «Wir wollen überzeugen und gewinnen.» (Photo ruti)

Rechten zu deblockieren. Das auch von SP und CVP mitgetragene Konzept verlangt die rigorose Bekämpfung des Drogenhandels und des öffentlichen Fixens sowie die Verschärfung der fürsorglichen Freiheitsziehung (FFE) und ermöglicht die Überlebenshilfe durch medizinisch kontrollierte Drogenabgabe an Schwerstsuchtige. Auch hier ist die Haltung der SVP doppelbödig: Einerseits fordert sie plakativ die Räumung offener Szenen, andererseits wehrt sie sich gegen die Rückschaffung von Süchtigen in ihre Gemeinden.

Gleichstellung

Die FDP hat ein vielbeachtetes Gleichstellungspapier ausgearbeitet. Es geht aus von der Forderung, dass die Gestaltung des privaten Lebens in jedem Fall dem Individuum überlassen bleiben muss. Hier hat der Staat nichts zu suchen. Damit die Geschlechter effektiv gleichgestellt sind, hat der Staat aber Aufgaben zu lösen. So muss er einerseits die diskriminierenden Bestimmungen im Steuerrecht und in der Sozialversicherung aufheben (z. B. Übergang von der Familienbesteuerung zur individuellen Besteuerung), andererseits die faktische Bindung der Mutter an die Kinderstube beseitigen helfen, z. B. durch Blockzeiten in den Schulen oder durch Tagesschulen. Diese sollen nicht unentgeltlich sein und sich der privaten Konkurrenz stellen.

Bildung

Im Bildungsbereich, wo die Schweiz lange Zeit führend war,

ist ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland bedroht. Ohne herausragendes Bildungsniveau vermag unser Land aber die internationale Wirtschaftskonkurrenz nicht auszuhalten. Aus diesen Gründen hat die FDP bei der neuen Maturitätsanerkennungsverordnung (MAV) die fundamentale Bedeutung eines qualitativ hochstehenden Bildungswesens betont.

Der hohe Leistungsanspruch an die Maturitätsprüfung muss erhalten bleiben, damit die Selektion für die Studierfähigkeit auf der Ebene der Mittelschule erfolgt. Diese Anforderungen an die Maturität sind Voraussetzung, um die unsympathische Massnahme des Numerus clausus zu verhindern. Mit Fachhochschulen wurde eine Alternative zu den Universitäten geschaffen, welche die Berufsschulen mit anschließender Weiterbildung klar aufwertet.

Hundert Jahre FDP der Schweiz

Der Höhepunkt des Parteijahres prägte auch die Arbeit des Parteisekretariats: Der hundertste Geburtstag mit über 2000 Teilnehmern war einerseits zusätzliche Belastung, andererseits Genugtuung. Wer tagaus, tagein die für das «Funktionieren» einer Bundesratspartei unerlässliche Kleinarbeit verrichtet, empfand Freude und Befriedigung am Gelingen des Volksfestes mit über 2000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Ausblick

Im angelaufenen Kalenderjahr sind die Arbeiten ganz auf die eidgenössischen Wahlen vom 22. Oktober ausgerichtet. In Zusammenarbeit mit den Kantonen ist eine nationale Kampagne geplant. Der Auftakt dazu erfolgt am 19. August an einer Wahlveranstaltung. Zu den wichtigen Wahlthemen werden Folder erstellt. Ziel all unserer Aktionen ist es, auf die Wählerinnen und Wähler zuzugehen und neue Zielgruppen anzusprechen.

Wir wollen als glaubwürdige und kompetente Problemlöser auftreten, überzeugen und gewinnen. ■

Abstimmungen

Im Gegensatz zum vergangenen Jahr folgte das Stimmvolk 1994 den Beschlüssen von Bundesrat und Parlamentsmehrheit nicht bei allen Vorlagen. Die stark von Emotionen geprägte Blauhelmbestimmung fand keine Mehrheit im Volk, während die Alpeninitiative angenommen wurde. Die beiden Vorlagen Kulturartikel und Einbürgerung junger Ausländer erreichten zwar ein Volksmehr, scheiterten aber am Ständemehr.

20. Februar	Alpeninitiative	51,9 %	Ja
	Schwerverkehrsabgabe	72,1 %	Ja
	Leistungsabhängige		
	Schwerverkehrsabgabe	67,1 %	Ja
	Autobahnvignette	68,5 %	Ja
	Revision Luftfahrtgesetz	61,0 %	Ja
12. Juni	Blauhelme	42,8 %	Ja
	Einbürgerung junger Ausländer	52,9 %	Ja
	Kulturförderungsartikel	51,0 %	Ja
			Stände-Nein
25. September	Antirassismusetz	54,7 %	Ja
	Aufhebung Getreidesubventionen	64,8 %	Ja
4. Dezember	Krankenversicherungsgesetz	51,8 %	Ja
	Krankenversicherungsinitiative	27,1 %	Ja

VERANSTALTUNG

Europadiskussion

**Ordentliche Delegiertenversammlung,
Freitag/Samstag, 21./22. April 1995,
Casino Kursaal Interlaken, Strandbadstrasse 44**

Freitag, 21. April 1995

- 14.30 **Die aussenpolitischen Grundsätze der FDP**
Begrüssung und Einführungsreferat durch Parteipräsident und Nationalrat Franz Steinegger, Flüelen UR
- 14.45 Präsentation des Positionspapiers zu den aussenpolitischen Grundsätzen der FDP durch Ernst Mühlemann, Nationalrat (TG)
- 15.00 Diskussion im Plenum unter der Leitung von Esther Girsberger, Bundeshausredaktorin Sonntags-Zeitung, mit Ernst Mühlemann, Nationalrat (TG), Christiane Langenberger, Grossrätin (VD), Jean-Pierre Bonny, Nationalrat (BE), Olivier Chevallaz, Nationalrat (VD), René Rhinow, Ständerat (BL)
- 16.30 Stellungnahme durch Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, Vorsteher EVD Anschliessend Verabschiedung des Positionspapiers
- 17.00 Pause
- 17.30 **Parolen zu den eidgenössischen Abstimmungsvorlagen**
Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (Lex Friedrich), Änderung vom 7. Oktober 1994
PRO: Hans Bisig, Ständerat (SZ)
CONTRA: Rudolf Keller, Nationalrat SD (BL)
Stellungnahme des Bundesrates durch Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, Vorsteher EVD
Parolenfassung
- 18.30 Ende

Samstag, 22. April 1995

- 9.00 Statutarische Geschäfte
- 9.20 **Zustand des Wirtschaftsplatzes Schweiz – Anforderungen an die Politik**
Einführendes Referat durch Andres F. Leuenberger, Präsident des Schweizerischen Handels- und Industrievereins (Vorort)
- 9.40 Präsentation des Positionspapiers zur Wirtschaftspolitik durch Adriano Cavadini, Nationalrat (TI)
Diskussion
- 10.45 Stellungnahme durch Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, Vorsteher EVD
Anschliessend Verabschiedung des Positionspapiers
- 11.00 **Parolen zu den eidgenössischen Abstimmungsvorlagen**
Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung, Änderung vom 7. Oktober 1994 (10. AHV-Revision) und Volksinitiative vom 31. Mai 1991 «zum Ausbau von AHV und IV»
PRO REVISION, CONTRA INITIATIVE: Lili Nabholz, Nationalrätin (ZH)

Rollende Programmarbeit

Die FDP ist ständig à jour. Seit einiger Zeit hat sie vom System der Programmarbeit alle vier Jahre zum System der rollenden Planung gewechselt. Folgende Positionspapiere können gratis bestellt werden:

----- ✂

Ich bestelle _____ Ex. **Neutralität**
 _____ Ex. **Finanz- und Steuerpolitik**
 _____ Ex. **Patentierbarkeit von Erfindungen betreffend Organismen**
 _____ Ex. **Tourismus**
 _____ Ex. **Wohnen**
 _____ Ex. **Entwicklungshilfe**
 _____ Ex. **Landwirtschaftspolitik**
 _____ Ex. **Perspektiven liberaler Lebensgestaltung**

Name: _____ Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____ 4/95

PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51. ■

CONTRA REVISION, PRO INITIATIVE: Peter Vollmer, Nationalrat SP (BE)
 Diskussion
 Stellungnahme des Bundesrates durch Bundespräsident Kaspar Villiger
 Parolenfassung
 12.30 Ende
 Anschliessend Apéritif

Talon

Zur ordentlichen Delegiertenversammlung sind alle FDP-Mitglieder herzlich eingeladen. Bitte melden Sie sich mit dem Talon an. Für die Hotelreservierungen wenden Sie sich bitte direkt an Tourismus Incoming Interlaken, Telefon (036) 22 21 54, Fax (036) 22 52 21.

Name: _____ Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Teilnahme am Freitag, 21. 4. 1995 am Samstag, 22. 4. 1995

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.

Aktuelle Frauenpostulate erörtert

Im Zeichen aktueller gesellschaftlicher Themen stand die jüngste Präsidentinnenkonferenz der FDP-Frauen Schweiz. Unter der Leitung von Franziska Frey-Wettstein, Zürich, diskutierten die anwesenden Frauen

unter anderem über die 10. AHV-Revision, die Fristenlösung, RU 486, den Frauenkongress 1996, das Gleichstellungsgesetz, die Mutterschaftsversicherung, Tagesschulen/Blockzeiten sowie die Wahlen 1995.

◇ Madeleine Kuhn-Baer*

Aus der Fülle der gebotenen Informationen seien nachfolgend die wichtigsten herausgepickt:

AHV

Es steht uns voraussichtlich ein schwieriger Abstimmungskampf bevor. Zentrales Thema wird die Heraufsetzung des Rentenalters für Frauen sein. Die FDP-Frauen Schweiz stehen voll hinter der Vorlage, setzen aber voraus, dass bei der tatsächlichen Umsetzung der Gleichstellung insbesondere auch im Berufsleben nun zügig Verbesserungen erfolgen werden.

Fristenlösung

Die parlamentarische Initiative Haering Binder, die auch von den FDP-Frauen Schweiz unterstützt worden ist, hat die Hürde geschafft und ist überwiesen worden. Schwierigkeiten bietet die fundamentalistische Haltung rechtskonservativer Kreise.

RU 486

Die Schweizerische Vereinigung für straflosen Schwangerschaftsabbruch hat sich schriftlich an die Sanitätsdirektorenkonferenz gewandt. Die FDP-Frauen Schweiz haben den Brief mitunterzeichnet. Sie fordern das Gremium auf, von der Firma Roussel-Uclaf in Paris bzw. der Hoechst Pharma AG in Zürich zu verlangen, dass sie endlich das Gesuch für die Zulassung von RU 486 in der Schweiz stellen.

Frauenkongress 1996

Auch die FDP-Frauen Schweiz beteiligen sich selbstverständlich



Franziska Frey-Wettstein: Vieles ist getan, noch viel bleibt zu tun.

(Photo ruti)

an diesem nationalen Kongress. Die Mitarbeit bezieht sich insbesondere auf die Workshops «Wirtschaft und Bildung», «Unbezahlte Haus- und Erwerbsarbeit» sowie «Frau und Erwerbsleben».

Mutterschaftsversicherung

Noch bevor die Botschaft des Bundesrates vorliegt, soll nochmals eine gemeinsame Stellungnahme der CVP-, FDP- und SVP-Frauen erfolgen, um die Position zu stärken. Gefordert werden Mutterschaftsleistungen für alle Frauen.

Tagesschulen/Blockzeiten

Die eingesetzte Arbeitsgruppe hat einen Entwurf für zwei lose Blätter erarbeitet. Darin wird die Einführung von Blockzeiten als dringender erster Schritt bezeichnet. Ebenfalls einem dringenden Bedürfnis entsprechen öffentliche Tagesschulen für Kinder im Schulalter, eventuell bereits im Kindergartenalter. Allerdings müssen sie finanziell mit priva-

ten Angeboten konkurrieren können.

Nächste Termine

Die Delegiertenversammlung der FDP-Frauen Schweiz findet am

6. Mai 1995 in Bern statt. Am 16. September wird das Frauenwahlfest im Albisgütli in Zürich über die Bühne gehen. Und die Präsidentinnen treffen sich am 19. Oktober in Zürich zu ihrer nächsten Konferenz. ■

Gegen Quoteninitiative

mb. Die FDP-Frauen Schweiz lehnen die Volksinitiative «Für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden» ab.

Obwohl die Frauen in den Parlamenten, Exekutiven und Gerichten nach wie vor untervertreten sind, erachten die FDP-Frauen die Quoteninitiative als falschen Weg. Sie beschneidet massiv das aktive und passive Wahlrecht und damit eines der wichtigsten Volksrechte. Der freie Wählerwille ist nicht mehr gewährleistet, weil nachträgliche Umverteilungen unter Umständen auch über die Parteigrenzen hinaus vorgenommen werden müssen, um

die vorgeschriebenen Quoten einzuhalten.

Die FDP-Frauen Schweiz befürworten hingegen parteiinterne Quoten als Zielvorgabe: vierzig bis sechzig Prozent Frauenanteil in Parteigremien und vor allem auch auf Wahllisten. In diesem Sinne sind Quoten eine wichtige Massnahme zur Frauenförderung.

Die FDP-Frauen Schweiz fordern auch ohne festgeschriebene Quoten sichtbare Anstrengungen, um den Frauenanteil in sämtlichen Bereichen zu erhöhen. Sie wollen keine Lippenbekenntnisse mehr; sie wollen nun Taten sehen. ■

* Landrätin und Präsidentin der FDP-Frauen-Gruppe des Kantons Glarus

Die unentbehrliche Kombination für Geschäftsleute!

Endlich auch in der Schweiz erhältlich!

VISION & PRIVILEGE CARD



Ein fantastisches Angebot für die Geschäftsfrau und den Geschäftsmann. Nur dank der guten Zusammenarbeit von VISION und PRIVILEGE CARD ist es möglich, Ihnen dieses tolle Angebot zu unterbreiten. Sie erhalten das Jahresabonnement von VISION im Wert von Fr. 55.- und die PRIVILEGE CARD

SIE SPAREN FR. 70.-

(Jahresgebühr Fr. 100.-) zusammen für nur Fr. 85.-.



VISION, das Wirtschaftsmagazin der unternehmerischen Avantgarde. Ein Muss für den innovativen und engagierten Manager. VISION erscheint alle zwei Monate und bietet ein breites Spektrum an Themen. Beginnend mit "people" (initiativen Selbständigen) über Unternehmenskultur, Mode, Design, Sport, Fitness bis hin zu exklusiven Angeboten im Bereich der Geschäfts- und Individualreisen. Mit VISION sind Sie am Puls der Zeit.

- **vision people:** Berichte über Leute und Veranstaltungen
- **vision report:** Aktuelle Reportagen aus Wirtschaft und Politik
- **think tank:** Tips und Ideen für eine erfolgreiche Management-Karriere
- **VIP-service:** VISION-Leser geniessen eine Menge Privilegien
- **life-style:** So lässt es sich leben



«Wer gerne Weltstädte besucht oder beruflich viel reisen muss, steigt mit Vorteil nur in den besten Hotels ab. Es ist aber ein Unterschied, ob man 200 Dollar pro Nacht

oder nur 100 bezahlt. Deshalb reise ich immer mit der neu im Vision-Abo enthaltenen Privilege Card. Sie verschafft mir bis zu 50%-Reduktion in über 8000 Hotels auf der Welt sowie zahlreiche Vergünstigungen in Top-Geschäften in der Schweiz!»

Rolf Eichenberger
Fotokünstler und Publizist

VISION das positive, das trendige Wirtschaftsmagazin zum Top-Angebot im Abonnement erhältlich.

» Coupon einsenden oder faxen an:
Redaktion VISION, Im Oberhof 8412 Berg am Irchel
Fax 052/42 22 82



Die PRIVILEGE CARD wird weltweit als die Nummer 1 der Hotel-Rabatt-Karten bezeichnet. Sie suchen sich eines der über 8'000 Top-Hotels im Privilege-Hotelverzeichnis aus und reservieren mit einem Rabatt von bis zu 50%. VISION informiert Sie ständig über die zusätzlichen Vergünstigungen, die nur im VISION-VIP-Verzeichnis aufgeführt sind: Ermässigungen in Top-Geschäften, Dienstleistungsbetrieben wie Coiffeure, Autovermietung, Restaurants etc. in der Schweiz.

Ja, ich bin dabei und bestelle ein VISION-Jahresabonnement (6 Ausgaben) kombiniert mit der PRIVILEGE CARD International 1995 zusammen zum Spezialpreis von total **nur Fr. 85.-** statt Fr. 155.-. Dazu erhalte ich **kostenlos** ein internationales Privilege-Hotelverzeichnis.

Name/Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____ **FDP**



Für eine effizientere Umweltpolitik

Am 20. Mai veranstaltet unsere Partei in Bern eine Tagung zum Thema «Deregulierung – Risiko und Chance für die Umwelt» (siehe Programm). Es gibt mindestens acht Gründe für die Teilnahme.

Walter Schiesser*

■ 1. Im Zeichen der Deregulierung ist unsere Partei herausgefordert, nach Wegen zu einer effizienteren Umweltpolitik zu suchen: Mit Blick auf dieses Ziel wollen wir Ansatzpunkte für Verbesserungen ermitteln und entsprechende Empfehlungen formulieren.

■ 2. Es genügt nicht mehr, pauschal einen vermehrt marktwirtschaftlich orientierten Umweltschutz zu fordern: Wir müssen – ohne uns in Details auf Verordnungsstufe zu verlieren – sagen, wer wo was tun kann und tun soll. Unsere Parlamentarier brauchen valable Anregungen – gerade auch in einem Wahljahr.

■ 3. Wir leisten einen Beitrag zu mehr Kohärenz in der schweizerischen Umweltpolitik, indem wir Vorschläge von dritter Seite kritisch prüfen und gegebenenfalls unterstützen. Die entsprechenden Unterlagen erhalten angemeldete Teilnehmer vor der Tagung.

■ 4. Das Tagungskonzept und die Kompetenz der Referenten und der persönlich eingeladenen Diskussionsteilnehmer lassen eine ganzheitliche Behandlung des Themas erwarten.

■ 5. Die Anwesenheit von hochrangigen Beamten der Bundesverwaltung (Buwal und Bundesamt für Raumplanung) bietet Gelegenheit zur konstruktiven Kritik im Dialog.

■ 6. Die Wirtschaft wird mit erfahrenen Spezialisten der Umweltpolitik und der Praxis in



Walter Schiesser: Sagen, wer wo was tun kann und tun soll. (Photo ruti)

industriellen und gewerblichen Betrieben vertreten sein: Das bietet Gewähr dafür, dass nicht realitätsfern diskutiert wird.

■ 7. Wie bereits an den Umweltschutztagungen von 1992 und 1993 ist mit der Präsenz freisinniger Mitglieder kantonaler und kommunaler Verwaltungen zu rechnen: Das verspricht die sachkundige Erörterung der Vollzugsschwierigkeiten im föderalistischen Staat und sinnvolle Lösungsimpulse.

■ 8. Am Umweltschutz besonders interessierte Freisinnige können nach innen und nach aussen manifestieren, dass unsere Partei die ökologische Herausforderung auch dann ernst nimmt, wenn der Umweltschutz auf der Sorgenliste der Schweizerinnen und Schweizer momentan von als vordringlich empfundenen Problemen wie Arbeitslosigkeit, Drogen und Asylanten übertroffen wird. ■

EINLADUNG

Deregulierung – Risiko und Chance für die Umwelt

Orientierung – Erfahrungsaustausch – konstruktive Kritik

Tagung des Umweltausschusses der FDP der Schweiz in Bern (Hotel Bern) am 20. Mai 1995

Zielpublikum

- Freisinnige *Parlamentarier* in Bund, Kantonen und Städten
- Mit Umweltproblemen (namentlich im Vollzug) konfrontierte Mitglieder der eid., kantonalen und kommunalen *Verwaltungen*
- An Umweltfragen interessierte *FDP-Politiker und Parteimitglieder*

Zweck der Veranstaltung

■ *Identifikation von Kernaspekten:* Wie lässt sich die Effizienz der Umweltpolitik *ohne Gefährdung der Schutzziele* verbessern – generell und in fünf wichtigen Bereichen?

■ *Empfehlungen im Sinne konstruktiver Kritik:*

Was ist zu tun, um im Sinne der im Frühjahr 1993 eingereichten Postulate Beerli und Nabholz eine Effizienzsteigerung in der Umweltpolitik zu erzielen?

Schwerpunkte: Zusammenarbeit öffentliche Hand – Wirtschaft, Vollzug im föderalistischen Staat.

Arbeitsweise

- *Kurze Einführung* über die Hauptaspekte und Schlüsselfragen durch prominente Referenten
- *Diskussion* mit den Referenten
- *Erfahrungsaustausch* zwischen den Tagungsteilnehmern

Mehr als die Hälfte der Tagungszeit ist für die Diskussion und den Erfahrungsaustausch reserviert!

Programm

I. 10.00–10.15 *Begrüssung und Orientierung* durch den Tagungsleiter (W. Schiesser)

II. 10.15–10.35 *Schlüsselaspekte des Tagungsbemas:* Ständerat Prof. R. Jagmetti

III. 10.35–13.00 *Die drei Problemfelder: Schwierigkeiten und Verbesserungsmöglichkeiten*

Je ein Kurzreferat von *maximal 20 Minuten* zur Einführung. Anschliessend während 30 (25) Minuten Diskussion auf dem Podium (Referenten, B. Wallimann, Stv. Direktor des Buwal, Dr. Chr. Juen, Vorort). Von Anfang an unter Einbezug des Plenums. Leitung: Ständerat Kurt Schüle, zusammen mit den jeweiligen Referenten.

■ 10.35–11.25 Verbesserungsmöglichkeiten im Verfahrensbe- reich: Prof. H. Rausch (Zürich)

■ 11.25–12.15 Verbesserungsmöglichkeiten im Bereich des materiellen Umweltrechts: G. Iselin (Leiter der Koordinationsstelle für Umweltschutz des Kantons Bern)

■ 12.15–13.00 Verbesserungsmöglichkeiten im Bereich Subventionen: Nationalrat Prof. P. Tschoopp (Genf)

IV. 13.00–13.45 *Lunch mit Gelegenheit zum informellen Gespräch*

V. 13.45–15.00 *Effizienzsteigerung in fünf Hauptbereichen*

Gruppendiskussion nach einführendem Kurzreferat (15 Minuten) durch den Gruppenleiter. *Erfahrungsaustausch* unter Einbezug

* Präsident des Umweltausschusses der FDP der Schweiz.

von mindestens je einem Vertreter der Bundesverwaltung, kantonalen Verwaltungen und der Wirtschaft. Einigung auf 1-3 Empfehlungen, die später von den Gruppenleitern dem Plenum vorgestellt werden.

Gruppe 1 Raumplanung/ Verkehr	Gruppe 2 Luft- reinhaltung	Gruppe 3 Abfall- wirtschaft	Gruppe 4 Lärm	Gruppe 5 Natur/ Landschaft
Leitung: Dr. Th. Pfisterer Baudir. Kt. AG	Leitung: Dr. H.-P. Burkhard, Chef ATAL Kt. ZH (angefragt)	Leitung: Rita Kohler- mann, Land- rätin Kt. BL	Leitung: Dr. U. Fässler US-Dir. Kt. LU (angefragt)	Leitung: Dr. W. Loretan Ständerat Kt. AG
Bundesverwalt.: Prof. H. Flückiger Dir. BA für Raumplanung	Bundesverwalt.: Dr. G. Leutert Chef Luftrein- haltung Buwal	Bundesverwalt.: Dr. H.-P. Fahrni Chef Abfall- Buwal	Bundesverwalt.: Dr. G. Verdan Chef Immissions- schutz Buwal	Bundesverwalt.: E. Bürgi Chef Landschafts- schutz Buwal
Kant. Verwalt.:	Kant. Verwalt.:	Kant. Verwalt.:	Kant. Verwalt.: P. Trauffer Lärmschutz BL	Kant. Verwalt.:
Wirtschaft: Dr. h. c. E. Basler EB & Partner AG Zollikon	Wirtschaft: Rolf Müller Gissler Druck AG Allschwil	Wirtschaft: Dr. U. Gujer Ciba-Geigy AG B. de Quervain HCB Zement	Wirtschaft: SBB (angefragt)	Wirtschaft: G. Künzi Dir. Schweiz. Tourismusverband

VI. 15.00-15.50 Präsentation der Empfehlungen und Abstimmung

- 15.00-15.20 Präsentation von Empfehlungen zu den am Vormittag diskutierten Problemfeldern. Argumente für und gegen Zustimmung aus dem Plenum; keine Abänderungsanträge. Abstimmung. (Die Empfehlungen werden zwischen 13.00 und 15.00 unter Mitwirkung der Ständeräte Jagmetti und Schüle sowie der drei Referenten formuliert.)
- 15.20-15.50 Präsentation der Empfehlungen aus den Gruppen zu den fünf Hauptbereichen der Umweltpolitik durch die Gruppenleiter. Argumente für und gegen Zustimmung aus dem Plenum; keine Abänderungsanträge. Abstimmung.

VII. 15.50-16.00 Schlusswort des Tagungsleiters

Talon

Ich melde mich zur Tagung «Deregulierung – Risiko und Chance für die Umwelt» vom 20. Mai 1995 an.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Präferenzen für das Mitwirken in den Arbeitsgruppen:

1. _____

2. _____

Teilnahmegebühr: Fr. 40.- (inkl. Dokumentation und Lunch)

Datum: _____ Unterschrift: _____

4/95

Anmeldung bis 5. Mai 1995 an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51

SOMMERUNIVERSITÄT

Bundespolitiker im Gespräch mit Jugendlichen

Der Ausschuss für Jugendpolitik der FDP Schweiz organisiert jedes Jahr eine exklusive Ausbildungswoche für Jugendliche. Den Jugendlichen stehen als Referenten und Diskussionspartner eidgenössische FDP-Parlamentarier und Parlamentarierinnen zur Verfügung.

Letztes Jahr, an der ersten Sommeruniversität, begegneten die Jugendlichen nicht nur *Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz* und *Bundeskanzler François Couchebin*, sondern auch *fünf Ständeräten* und *elf Nationalräten*. Die Brücke zwischen den Jugendlichen und den sonst nur aus den Medien bekannten Politikern und Politikerinnen wurde sehr schnell geschlagen, und es fanden aufschlussreiche und offene Gespräche statt.

Vom *21. bis 25. August 1995* wird in Neuenburg die zweite Sommeruniversität durchgeführt. Sie steht wieder allen politisch interessierten Jugendlichen

(keine Parteimitgliedschaft erforderlich!) zwischen *18 und 28 Jahren* offen. Die Diskussionen und Gespräche finden auf französisch und deutsch statt. Es haben sich bereits einige *prominente FDP-Persönlichkeiten* bereit erklärt, dieses Jahr den Jungen Red und Antwort zu stehen. Bleibt zu hoffen, dass dieses vielversprechende Angebot von den Jugendlichen genutzt wird.

Telefonische Auskünfte bei *Blaise Roulet*, Sekretär Ausschuss für Jugendpolitik (Tel. 031/311 34 38), oder bei *Stefan Fritschi*, Mitglied Ausschuss für Jugendpolitik (Tel. 052/213 45 36).

Provisorische Anmeldung

Ich melde mich hiermit provisorisch an für die zweite FDP-Sommeruniversität vom 21. bis 25. August 1995. Die Kosten betragen etwa Fr. 250.- (Kost und Logis inbegriffen).

Name: _____ 4/95

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____ Beruf: _____

Jahrgang: _____ Sprache: Französisch Deutsch

Politische Tätigkeit: _____

Talon bis spätestens 31. Mai 1995 einsenden an FDP Schweiz, Blaise Roulet, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 311 34 38, Fax (031) 312 19 51 (**Teilnehmerzahl beschränkt**).

Ein Textiler trotz der EU und dem EWR – wie lange noch?

Es zeigt sich immer deutlicher, dass die Europäische Gemeinschaft für die Zukunft des Industriestandortes Schweiz von schicksalshafter Bedeutung ist. Für die Exportindustrie, den Produktionsplatz Schweiz, aber auch politisch könnte ein länger dauernder Alleingang fatale Folgen haben.

Edy Greuter

Die Europäische Union (EU) hat seit dem Zweiten Weltkrieg die verschiedenartigsten Länder Europas näher zusammengebracht, Vorurteile wurden abgebaut, und man versucht, Probleme gemeinsam zu lösen. Vieles gibt es in dieser EU noch zu tun, und es ist kaum denkbar, dass die Schweiz hier abseits stehen sollte.

Deutliche Zahlen

Leider haben wir es mit dem EWR-Nein verpasst, wenigstens wirtschaftlich einen Schritt Rich-



Edy Greuter, Textilunternehmer und FDP-Kantonsrat aus dem thurgauischen Sulgen, ist besorgt über das Abseitsstehen der Schweiz beim europäischen Integrationsprozess.

tung Europa zu tun. Zwei Jahre nach diesem Nein werden die Folgen immer klarer sichtbar. Tausende von Arbeitsplätzen wurden bereits ausgelagert, und weitere werden folgen. Allein in der Textilindustrie haben über fünfzig Firmen ihre Produktion teilweise oder ganz ausgelagert, dabei wurden über tausend Arbeitsplätze abgebaut.

Einen deutlichen Hinweis liefern die Zahlen der Schweizerischen Nationalbank bezüglich Direktinvestitionen: Die Schweizer Investitionen im Ausland sind von 7,9 Milliarden im Jahre 1992 auf 11,9 Milliarden Franken im Jahre 1993 gestiegen. Schweizer Grossbetriebe ziehen es vor, ihre Investitionen im Ausland zu tätigen. Wirtschaftlich sind darum diese Betriebe kaum betroffen, die Leidtragenden werden Klein- und Mittelbetriebe oder sogenannte Zulieferanten sein. Genau diesen Betrieben ist auch der

Zugang zum EU-Markt erschwert worden.

Fremd- und Fluchtgelder

Gleichzeitig ist die Schweiz, bedingt durch ihre Isolation, zu einem Anlageort für Fremd- und Fluchtgelder geworden. Gegenüber unseren wichtigsten Abnehmerländern haben sich unsere Produkte wegen der Überbewertung des Schweizerfrankens um zwischen 8 und 25 Prozent verteuert.

Bedrohung von innen

Unsere jungen Leute erhalten im EU-Raum Arbeitsbewilligungen nur noch mit Schwierigkeiten, und auch die Ausbildungsmöglichkeiten sind eingeschränkt. Es ist darum erstaunlich, wie wenig klare Aussagen wir von unseren eidgenössischen Parlamentariern bezüglich unseres Verhältnisses zu Europa hören. Das Thema wird praktisch totgeschwiegen, man klammert sich an die laufenden bilateralen Verhandlungen. Unsere politischen Vertreter sind also aufgerufen, klare Stellungnahmen bezüglich Europakurs abzugeben.

Viele glauben, mit einem Nein zu Europa eine Bedrohung von aussen abgewendet zu haben. Leider wird wenig davon Kenntnis genommen, dass die grössere Bedrohung der Schweiz von innen, d. h. von uns selber, kommt. Wir sind überheblich geworden und glauben, in diesem Europa ein Sonderfall Schweiz bleiben zu können.

Unser politisches System ist festgefahren, und einmal mehr versuchen wir, uns hinter unserer Neutralität zu verstecken. Unsere Demokratie wird in vielen Fällen zu einer Verhinderungsdemokratie degradiert. Gutgemeinte Visionen unserer Politiker werden von Minderheiten sabotiert. Von zwei bis drei Prozent kann ein Referendum ergriffen werden, und ein Ständemehr

überstimmt ein Volksmehr. Unser Land hat es dringend nötig, einen Erneuerungsschub von aussen zu erhalten.

Probleme der Textilindustrie

Die Probleme als Textiler scheinen weniger wichtig zu werden, wenn man an die Zukunftsprobleme unseres Landes denkt. Trotzdem, wie verhält sich ein Textiler in diesem Umfeld?

Mit Stapelprodukten wird man einen Betrieb kaum noch über die Runden bringen können. Es gilt also, sich auf Spezialitäten zu konzentrieren und möglichst kreative Kollektionen anzubieten. Die Qualität ist in unserer Branche zu einer Selbstverständlichkeit geworden, und man kann sich eigentlich nur noch mit immer noch kürzeren Lieferfristen qualifizieren. An vorderster Stelle steht auch eine immer grössere Flexibilität bei der Erfüllung von Kundenwünschen.

Was nützt dies aber alles, wenn der deutsche Kunde keine Schweizer Ware mehr kaufen kann oder will? Sobald ein Kunde aus dem EU-Raum unseren Schweizer Stoff in einem Drittland konfektionieren lassen möchte, zahlt er einen zusätzlichen Zoll von 15 bis 18 Prozent. Dies ist verständlicherweise nicht zumutbar. Man nennt dies die Behinderung von Textilien im passiven Veredlungsverkehr. Die EU hat ein Abkommen mit Drittländern über Zollfreiheit für EU-Produkte. Somit kann unser Problem nur mit einem EU-Beitritt der Schweiz gelöst werden.

Verlust von Wissen

Gezwungenermassen gehen die Betriebe in den EU-Raum. Viel Wissen einer traditionsreichen Branche wird ins Ausland exportiert und geht für unsere Nachkommen verloren.

Ist das die Zukunft für unsere Schweiz? ■

IMPRESSUM

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 311 34 38, Telefax (031) 312 19 51.

Verantwortlich für die Redaktion:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler (AMK). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung:

Kretz AG, Verlag und Annoncen, General Wille-Strasse 147, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Telefon (01) 923 76 56, Fax (01) 923 76 57.

Druck:

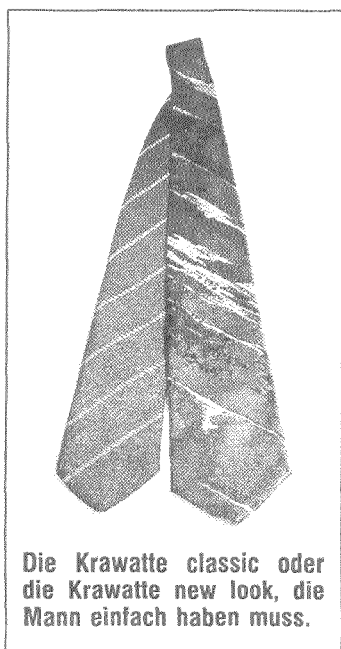
Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.–
Jahresabonnement Fr. 20.–

Chic und praktisch

Die FDP hat eine Reihe von qualitativ hochstehenden Accessoires mit einem diskret-elegantem «Touch» Freisinn. Wir stellen sie Ihnen hier auf dieser Seite vor. Bestellen Sie jetzt! Wollten Sie nicht schon längst dies oder jenes jemandem oder sich selber schenken? Jetzt

ist genau der richtige Zeitpunkt dafür! Dieses Jahr sind eidgenössische Wahlen. Benutzen Sie dafür unsere neue Konferenzmappe, tragen Sie eine FDP-Krawatte, stecken Sie sich einen Pin an, verschenken Sie die Festschrift «Hundert Jahre FDP».



Die Krawatte classic oder die Krawatte new look, die Mann einfach haben muss.

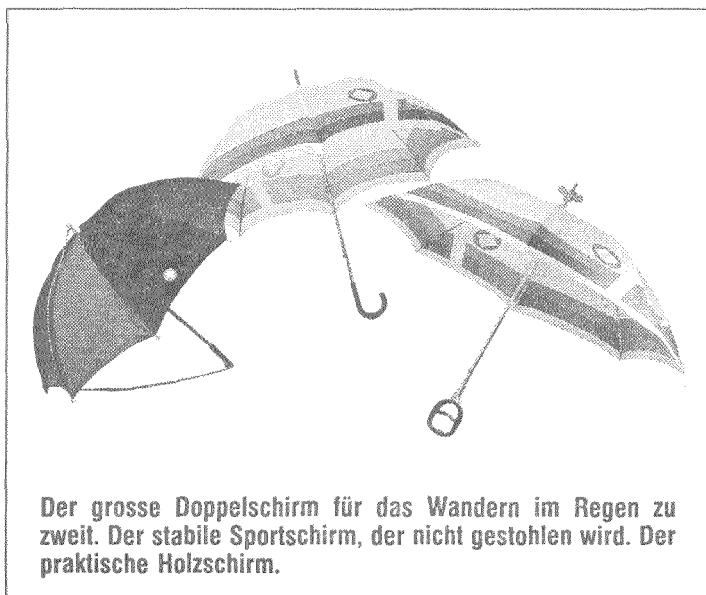
FDPO
PRDO
PLRO

Politische
Rundschau

Revue
politique

Für eine Schweiz
mit Zukunft
Hundert Jahre FDP
der Schweiz
Pour une Suisse
tournée vers l'avenir
Cent ans de
PRD Suisse

Die Festschrift mit 24 Beiträgen von klugen Köpfen: ein Buch von 245 Seiten für die Schweiz von gestern, heute und morgen.



Der grosse Doppelschirm für das Wandern im Regen zu zweit. Der stabile Sportschirm, der nicht gestohlen wird. Der praktische Holzschirm.

Talon

Ich bestelle:

- ___ Ex. Konferenzmappe à Fr. 40.–
- ___ Ex. FDP-Pin 100 Jahre à Fr. 5.–
- ___ Ex. Portefeuille à Fr. 44.–
- ___ Ex. Doppelschirm à Fr. 30.–
- ___ Ex. Sportschirm à Fr. 30.–
- ___ Ex. Holzschirm à Fr. 35.–
- ___ Ex. Krawatte classic à Fr. 40.–
- ___ Ex. Krawatte new look à Fr. 40.–
- ___ Ex. Festschrift à Fr. 15.–

Name: _____

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

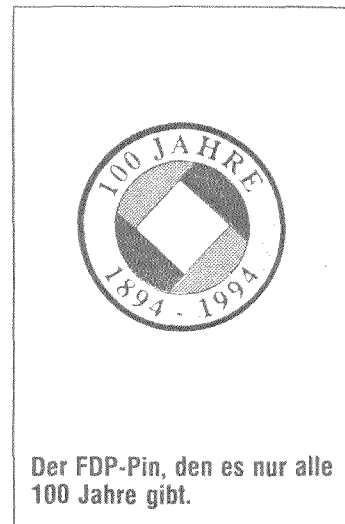
Datum: _____

Unterschrift: _____

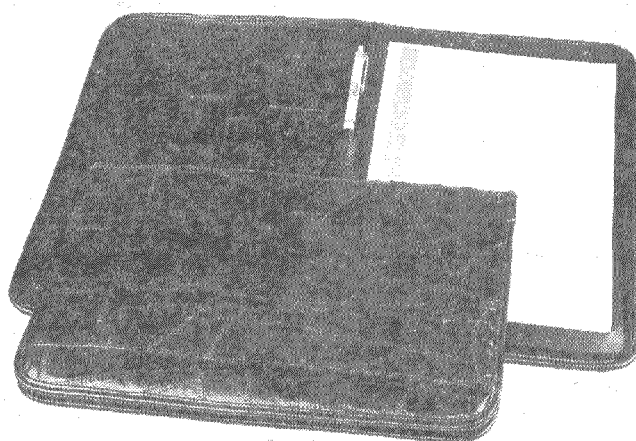
Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.



Das solide und handliche Portefeuille mit dem FDP-Emblem und der Agenda für 1995 aus bestem Anilinleder in Bordeaux.



Der FDP-Pin, den es nur alle 100 Jahre gibt.



Die praktische Konferenzmappe der FDP in schwarzem Patchwork-Leder mit Schreibblock und Kugelschreiber.



FROHE OSTERN

Karikatur Andreas Töns

SVP-Sieg auf Kosten der FDP und der CVP

Einen in diesem Ausmass unerwarteten Erfolg schaffte die im Jahr 1992 gegründete SVP bei den Luzerner Grossratswahlen 1995: Sie errang auf Anhieb elf Mandate im 170köpfigen Kantonsparlament. Auf der Verliererseite stehen die Liberalen (FDP) mit sechs und die CVP/JCVP mit fünf Sitzen. Auf der linken Seite wechseln zwei Mandate vom Grünen Bündnis zur SP.

Werner Wandeler*

Mit elf Sitzgewinnen ist der SVP im Kanton Luzern ein Erfolg gelungen, der in diesem Jahrhundert einzigartig ist. Vergleichbar ist bestenfalls noch der Triumph des heute nicht mehr existierenden LdU, der im Jahre 1943 mit zehn Mandaten ins Luzerner Kantonsparlament eingezogen war. Die SVP hat es in ihrem Slogan «Damit endlich etwas passiert» und eingängigen Schlagworten geschafft, ein bürgerliches Protestpotential, das mit der auf innerparteiliche Kompromisse angewiesenen Politik der breitgefächerten Volksparteien FDP und CVP nicht mehr einig ging, an sich zu ziehen. Mit sechs Mandatsverlusten mussten die Luzerner Liberalen die empfind-

* Geschäftsführer FDP Kanton Luzern

lichste Niederlage einstecken. Bei einer Stimmbeteiligung von 49,4 Prozent, was einem neuen Tiefstand entspricht, verlor die FDP fast 4000 Listenstimmen (1991 33 408). Obwohl die CVP/JCVP knapp 8000 Listenstimmen einbüsste (1991: 50 426), konnte sie ihre Verluste dank der Listenverbindung mit der CSP und Panaschiergewinnen minimieren.

Die neue Sitzverteilung im Luzerner Grossen Rat:

CVP/JCVP	77	(- 5)
FDP	51	(- 6)
SP	18	(+ 2)
SVP	11	(+ 11)
Grünes Bündnis	11	(- 2)
CSP	1	(-)
Unabhängige Frauenliste	1	(-)

Die neue FDP-Fraktion zählt dreizehn Frauen, was gegenüber den 1991er Wahlen einem leichten Zuwachs des Frauenanteils entspricht. Die erhofften dreissig Prozent wurden jedoch nicht erreicht. Erfreulicherweise schafften gleich zwei Jungliberale den Sprung ins Kantonsparlament. Mit dem zwanzigjährigen Seminaristen Damian Meier stellt die

FDP-Fraktion gar das jüngste Ratsmitglied.

Ein erfreuliches Bild zeigt sich für die FDP bei den Regierungsratswahlen: Die beiden FDP-Kandidaten, der bisherige Militär-, Polizei- und Umweltschutzdirektor Ulrich Fässler und der neue FDP-Vertreter Max Pfister, wurden mit ausgezeichneten Resultaten gewählt. Mit dem 44jährigen Max Pfister aus Nebikon zieht ein Mann aus der Wirtschaft in die Luzerner Regierung ein. ■

Tessiner Wahlen: FDP gewinnt einen Sitz

AMK. Bei den Wahlen 1995 im Kanton Tessin errang die FDP einen Sitz und hat neu dreissig Sitze im neunzigköpfigen Parlament. Mit Marina Masoni Pelloni, die auf Anhieb auch gleich das beste Resultat erzielte, zieht eine weitere freisinnige Frau in einen Regierungsrat. Die FDP sicherte damit in der Regierung ihren zweiten Sitz.

Die Lega tritt auf Kosten eines der zwei Sitze der CVP neu in die Regierung ein. Die SP konnte ihren Sitz halten. Auch im kan-

tonalen Parlament musste die CVP Verluste in Kauf nehmen: Sie verlor 2 ihrer bisher 27 Mandate. Die SP musste sogar 3 von bisher 18 Mandaten abgeben. Die Lega konnte vier Sitze zu ihren bisherigen zwölf Mandaten gewinnen. Die kleine Tessiner SVP, bisher mit zwei Sitzen vertreten, verlor ein Mandat. Der neugegründete rechtsliberale «Freiheitspol» eroberte dafür einen Sitz. Ihren einzigen Sitz verteidigen konnten die Grünen und die Partei der Arbeit. ■

Weiter für eine liberale Zukunft

Die FDP des Kantons Zürich hat bei den kantonalen Wahlen 1995 ihre beiden bisherigen Regierungsräte Ernst Homberger und Eric Honegger sehr erfolgreich bestätigt, jedoch im Kantonsrat vier der bis anhin fünfzig Sitze verloren.

Daniel Frey*

Die beiden freisinnig-demokratischen Regierungsräte Ernst Homberger und Eric Honegger sind mit den Plätzen drei bzw. eins äusserst erfolgreich wiedergewählt worden. Dieses Ergebnis ist ohne Zweifel auf die kompetente Finanzpolitik von Eric Honegger einerseits und auf die er-

* Sekretär FDP Kanton Zürich

folgreiche Lettenräumung von Ernst Homberger andererseits zurückzuführen.

Der SP ist es nicht gelungen, ihren zweiten Sitz in der Regierung, den sie vor vier Jahren hinzugewonnen hat, zu verteidigen. Sie hat ihn an die SVP verloren, die mit Rita Fuhrer erstmals eine bürgerliche Frau im Zürcher Regierungsrat stellt. Damit hat das bürgerliche Fünfer-Ticket (2 FDP-, 2 SVP- und 1 CVP-Vertreter), das mit einem Regie-

rungsprogramm angetreten ist, einen grossen Erfolg errungen. Die Grünen sind mit Nationalrätin Verena Diener ebenfalls zum erstenmal in der Exekutive des Kantons Zürich vertreten.

Im Zürcher Kantonsrat wird die FDP für die nächsten vier Jahre weiterhin die stärkste Fraktion bleiben. Dieses primäre Wahlziel wurde erreicht, obwohl vier Sitzverluste in Kauf genommen werden mussten. Es gingen zum Teil Sitze verloren, die vor vier Jahren hinzugewonnen worden waren. Die Hoffnung, dass die FDP in einzelnen Wahlkreisen zusätzliche Mandate erringen könnte, wurde nur teilweise erfüllt. Das weitere Wahlziel, die Erhöhung des Frauenanteils in

der FDP-Fraktion, wurde erreicht. Neu sind acht statt fünf FDP-Frauen im Kantonsrat vertreten. In zahlreichen Wahlkreisen sind Frauen auf dem ersten Ersatzplatz. EVP und LdU konnten dank geschickten Listenverbindungen zusätzliche Mandate erringen, obwohl der Wähleranteil nur gering gesteigert werden konnte.

Insgesamt haben sich folgende Veränderungen ergeben: FDP -4, SP +2, SVP +3, GP -4, CVP -2, EVP +2, SD -1, LdU +4, FPS +1, FraP -1. In einer ersten Beurteilung wird ersichtlich, dass die beiden Blöcke gleich stark geblieben sind; innerhalb der Blöcke ist es jedoch zu geringfügigen Verschiebungen gekommen. ■